



AKTUELL

Abfall, Chemie & Emissionen	8
Globalisierung & Eine Welt	10
Klima & Energie	11
Konsum & Verbraucherschutz	16
Landwirtschaft & Gentechnik	16
Naturschutz & Biodiversität	18
Tierschutz & Ethik	21
Umweltpolitik & Umweltrecht	22
Verkehr & Tourismus	25
Wasser & Meere	26
Wirtschaft & Ressourcen	28

VERBÄNDE



Thema:

Soziale Gerechtigkeit und Umweltschutz	29
Aus den Verbänden	30
Ehrenamt	31
Preise & Ausschreibungen	31

SERVICE

Termine	32
Impressum	32

ökopädNEWS

ANU-Informationsdienst Umweltbildung	33
Schwerpunkt: Real World Learning	

THEMEN DES MONATS

Bodenschutz

Konkurrenz um Fläche wächst

**Boden ist eine wichtige Lebensgrundlage für Mensch und Tier
– aber auch diese Ressource ist knapp**

Seite 2

Nachhaltiger Konsum

Welche Ökofolgen hat, was ich kaufe?

**Jedes Produkt hinterlässt Spuren in der Umwelt. Die
EU-Kommission will diese offenlegen**

Seite 4

Gentechnik

Die Welt, wie sie ihm gefällt

**Windiger Evolutionsbiologe propagiert
pseudowissenschaftliche Theorien pro Grüne Gentechnik**

Seite 6

Interview: Umweltpolitik

„Neuanfang beim Bodenschutz wagen“

**Die Herausforderungen im erweiterten Bundesministerium für
Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit sind groß**

Seite 23

Bodenschutz

Konkurrenz um Fläche wächst

Boden ist eine wichtige Lebensgrundlage für Mensch und Tier – aber auch diese Ressource ist knapp

Im wahrsten Sinn des Wortes verlieren die Menschen den Boden unter den Füßen: Allein in Deutschland werden täglich über 70 Hektar Boden für Siedlungen und Straßen in Anspruch genommen. Und die Konkurrenz um freie Flächen wächst weiter. Siedlungsbau, Verkehrsinfrastruktur, Landwirtschaft und auch Naturschutz erhöhen den Druck auf die begrenzte Ressource. ■ VON GABRIELE BROLL, BUNDESVERBAND BODEN

Die Konkurrenz um Flächen steigt in Deutschland täglich. Daraus resultieren auch vermehrte Auseinandersetzungen zwischen den Flächennutzerinnen und Flächennutzern. Die mit der Energiewende einhergehenden baulichen Maßnahmen wie Stromtrassen werden den Druck auf die Fläche zusätzlich noch weiterverschärfen. Vor diesem Hintergrund ist das 30-Hektar-Ziel der Nachhaltigkeitsstrategie inzwischen eine Farce. Die gebetsmühlenartige Wiederholung, bis 2020 die Flächeninanspruchnahme auf 30 Hektar pro Tag verringern zu wollen, sowie die erneute Aufnahme des Ziels in den Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD, helfen da auch nicht mehr.

Die Kommission Bodenschutz des Umweltbundesamtes gibt an, dass rund 14 Prozent der Fläche Deutschlands für Siedlungs- und Verkehrsflächen genutzt werden. Ungefähr die Hälfte davon ist versiegelt. Genaue Zahlen für einzelne Regionen liefert dazu das Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung.⁽¹⁾ Die Siedlungs- und Verkehrsfläche wird bundesweit bis zum Jahr 2030 auf etwa fünf Millionen Hektar ansteigen. Die Flächeninanspruchnahme wird dann voraussichtlich bei rund 50 Hektar täglich liegen.⁽²⁾ Die EU-Kommission hat 2011 europaweite Zahlen erhoben und veröffentlicht.⁽³⁾ In der EU zählt Deutschland zu den Spitzenreitern im Versiegeln von Fläche.

Es gilt, bei Flächenangaben sauber zwischen Flächenversiegelung und Flächeninanspruchnahme für Siedlungs- und Verkehrszwecke zu trennen. Nur ein Teil der beanspruchten Flächen ist nämlich auch versiegelt. Allzu häufig findet diese Unterscheidung allerdings nicht statt. Daher kur-

sieren unterschiedliche und teilweise falsche Zahlenangaben in der Öffentlichkeit. Auch unklare Begrifflichkeiten verzerren das Bild: Oft wird umgangssprachlich von Flächenverbrauch gesprochen, die Bezeichnung Flächeninanspruchnahme ist dem aber vorzuziehen. Fläche kann nicht wirklich verbraucht, nur unterschiedlich genutzt werden. Interessant ist in diesem Zusammenhang auch die verschiedene Verwendung der Begriffe Fläche, Land und Boden: Während mit Fläche und Land eine zweidimensionale Ausdehnung assoziiert wird, meint der Begriff Boden eher einen dreidimensionalen Raum. Dieser Bodenraum ist zu schützen, damit lebenswichtige Funktionen wie Wasserspeicherung oder die Nahrungsmittelproduktion gewährleistet sind.

Boden schützen, aber wie?

Schon jetzt ist in vielen Städten und Gemeinden Flächenmanagement kein Fremdwort mehr. Konversionsflächen, also die Nutzungsänderung oder Wiedernutzung von Brachflächen, und innerstädtische Verdichtung sind vielerorts bereits an der Tagesordnung. Dennoch gibt es immer noch zu wenige vorbildlich handelnde Städte, die auf diese Weise genügend preiswerten Wohnraum schaffen. Statt bodenschonendem Flächenrecycling werden immer noch zu viele Außenbereichsflächen neu erschlossen und bebaut. Es braucht politischen Willen, um preistreibende Spekulationen mit Fläche einzudämmen.

Der Handel mit Flächenzertifikaten, den das Umweltbundesamt federführend erprobt, könnte zur Lösung des Problems beitragen.⁽⁴⁾ Ähnlich wie im CO₂-Emissionshandel soll die Flächennutzung so

durch einen Marktmechanismus gesteuert werden. Eine Kommune kann Zertifikate von anderen Kommunen erwerben. Wenn sie die ihnen zugewiesenen Zertifikate nicht selber benötigt, kann sie sie an andere Kommunen verkaufen. Maßnahmen im städtischen Bereich allein werden aber wohl kaum ausreichen, um die Flächeninanspruchnahme nachhaltig zu reduzieren. Der Druck auf die Flächen steigt insbesondere in den sogenannten Speckgürteln an den Grenzen zwischen städtischem und ländlichem Raum weiter an.

Naturschutz und Landwirtschaft konkurrieren um Fläche

Die Auseinandersetzungen zwischen Landwirten und Naturschützern, wenn es um den Ausgleich von Flächen für Siedlungs- und Verkehrszwecke geht, werden sich in den nächsten Jahren noch verschärfen. Interessant ist in diesem Zusammenhang die jetzt im Bundesministerium für Umwelt und Bau anstehende Ausgestaltung der Kompensationsverordnung unter dem Druck des Flächenbedarfs für die Energiewende. Wird zum Beispiel ein Erdkabel für eine Stromtrasse verlegt, dann muss für den Naturschutz eine Ausgleichsfläche als Kompensation ausgewiesen werden. Die Landwirte erhalten für den Flächenverlust zwar eine finanzielle Entschädigung, wehren sich aber zu Recht immer mehr gegen den Verlust häufig fruchtbarer Bodens, der für den Anbau vor allem von Nahrungsmitteln dringend benötigt wird.

Aus Sicht des Bodenschutzes ist es zu bedauern, dass der Naturschutz in der Regel bei den Kompensationsmaßnahmen nur an die Natur, die auf dem Boden

lebt, und nicht an die Lebewesen im Boden denkt. Dabei gehören diese Lebewesen selbstverständlich auch zur Natur. Die Biodiversität im Boden ist an den meisten Standorten sogar höher als diejenige auf dem Boden.

Natürlich ist die Bewertung von Ökosystemdienstleistungen schwierig – nicht nur in diesem Fall. Die Frage ist aber berechtigt, ob ein Acker, der ökologisch bewirtschaftet wird, oder ein Fichtenforst wertvoller ist? Die Schwarz-Weiß-Malerei nach dem Motto „Wald ist gut und Acker ist schlecht“ greift eindeutig zu kurz und löst die anstehenden Probleme nicht. Im Übrigen ist die Waldfläche in Deutschland in den letzten Jahren im Gegensatz zu der landwirtschaftlich genutzten Fläche gestiegen.

Aufseiten der ökologischen Landwirtschaft gibt es derzeit hingegen eine paradoxe Entwicklung: Die Nachfrage nach Bioprodukten in Deutschland steigt, aber es fehlen Anbauflächen, da viele Biobetriebe die hohen Pachtpreise häufig nicht mehr zahlen können. Der überwiegende Teil der Ackerflächen wird nach wie vor intensiv bewirtschaftet. Dadurch sind die Böden und damit auch das Grundwasser häufig mit Pestiziden und zu vielen Nährstoffen belastet. Bei steigenden Tierzahlen und der damit verbundenen steigenden Nachfrage nach Futtermitteln wächst aber auch der

Flächenbedarf, sei es für den Anbau von Futtermais in Deutschland oder Soja in Brasilien. Während also für Biogemüse inzwischen Flächen in Deutschland fehlen, bauen die Landwirte Futtermittel für Schweine an, deren Fleisch zunehmend exportiert wird. Auch da könnte die Politik handeln – sie muss es nur wollen.

Landgrabbing: Tank, Trog oder Teller?

Flächennutzung in Deutschland und Europa ist darüber hinaus nicht von der Flächennutzung auf anderen Kontinenten zu trennen. Durch sogenanntes Landgrabbing nutzen ausländische Investoren Ackerland in Entwicklungs- oder Schwellenländern, um für den Export bestimmte Agrarprodukte anzubauen. Das erhöht nicht nur den Druck auf die Flächen, sondern schafft auch eine Flächenkonkurrenz zwischen Tank, Trog und Teller beziehungsweise Lebensmittelproduktion für heimische und ausländische Märkte. Ein Beispiel hierfür ist die Palmölproduktion in Asien.

Angeichts des Hungers in der Welt und der Erschließung neuer Flächen für die Produktion von Futtermitteln oder Bioethanol wurde in letzter Zeit eine nachhaltige Intensivierung der Landwirtschaft als Lösung propagiert. Diese sollte aber nur in Ländern erfolgen, wo etwa durch

Bodenerosion jedes Jahr große Mengen an Humus verloren gehen und damit die Bodenfruchtbarkeit ständig sinkt. In Deutschland kann sie keine Lösung sein. Ganz im Gegenteil: Eine Intensivierung der Landwirtschaft wäre unter anderem wegen des Biodiversitätsverlustes und der Nitratauswaschung fatal – auch wenn sie unter dem Deckmäntelchen der Nachhaltigkeit propagiert würde.

Anmerkungen

- ▶ (1) BBSR: Auf dem Weg, aber noch nicht am Ziel – Trends der Siedlungsflächenentwicklung. BBSR-Bericht Kompakt 10/2011
- ▶ (2) BBSR: Trends der Siedlungsflächenentwicklung: Status quo und Projektion 2030. BBSR-Analysen Kompakt 09/2012
- ▶ (3) Europäische Kommission: Report on best practices for limiting soil sealing and mitigating its effects
- ▶ (4) Umweltbundesamt: Handel mit Flächenzertifikaten, www.kurzlink.de/uba-flaechzert14

Dr. Gabriele Broll ist Professorin für Geoökologie und Bodenforschung an der Universität Osnabrück und seit 2009 Präsidentin des Bundesverbandes Boden.

Kontakt:

Tel. +49 (0)541 / 9694073,
E-Mail: gabriele.broll@uni-osnabrueck.de,
www.geographie.uni-osnabrueck.de,
www.bvboden.de



Den Kapitalismus zähmen

Die Finanzkrise hat gezeigt, wie ausgebrannt unser scheinbar kraftstrotzendes Wirtschaftssystem in Wahrheit ist. Doch die globalisierte Marktwirtschaft macht weiter wie bisher und ignoriert Armut, Ressourcenknappheit und Klimawandel. Der ehemalige Top-Manager Peter H. Grassmann zeichnet einen neuen Weg vor, der weder dem Macho-Kapitalismus noch der Staatsgläubigkeit huldigt – den Weg des gesellschaftlichen Dialogs.

P. H. Grassmann

BURN OUT

Wie wir eine aus den Fugen geratene Wirtschaft wieder ins Lot bringen

152 Seiten, Hardcover mit Schutzumschlag, 14,90 EUR, ISBN 978-3-86581-191-2
Erhältlich bei www.oekom.de, kontakt@oekom.de

Die guten Seiten der Zukunft



Nachhaltiger Konsum

Welche ökologischen Folgen hat das, was ich kaufe?

Jedes Produkt hinterlässt Spuren in der Umwelt. Die EU-Kommission will diese offenlegen

Der von der EU-Kommission lancierte Umweltfußabdruck für Produkte und Unternehmen ist eine Herausforderung für die Umweltverbände. Sie wollen in der Testphase beteiligt sein, haben aber meist nicht die personellen Kapazitäten für den zeitintensiven Prozess. Die Bewerbungsfrist für Vorhaben aus dem Ernährungsbereich endet am 28. März. Höchste Zeit für NGOs, sich mit dem Thema zu befassen. ■ VON JÜRGEN KNIRSCH, GREENPEACE

Was ist ein Umweltfußabdruck? Wie ist die zugrunde liegende Methode zu bewerten? Diese Fragen sollten Umwelt- und Verbraucherverbände von Brüssel bis Berlin beschäftigen. Letztes Jahr propagierte die EU-Kommission ein neues Verfahren zur „Messung und Offenlegung der potenziellen Umweltauswirkungen eines Produktes entlang seines Lebenswegs“, das sie als Product Environmental Footprint (PEF), also Umweltfußabdruck von Produkten, bezeichnet. Parallel dazu gibt es mit dem Umweltfußabdruck von Organisationen, Organisation Environmental Footprint (OEF), ein vergleichbares Instrument zur Prüfung von Unternehmen.

PEF und OEF sind weitgehend ohne Beteiligung der Zivilgesellschaft entwickelt worden und auch deshalb kaum bekannt. Die Anzahl der Umweltorganisationen im deutschsprachigen Raum, denen die Abkürzungen vertraut sind, lässt sich vermutlich an einer Hand abzählen. Ganz zu schweigen von Verbraucherschutzverbänden, Drittweltorganisationen, landwirtschaftlichen Vereinigungen oder Gewerkschaften, die sich in den vergangenen Jahrzehnten mit dem Thema beschäftigt haben: die also die Auswirkungen eines Produktes, zum Beispiel Kaffee, Tee, Kakao, Orangensaft, Bananen, Futtermittel, Pestizide oder Textilien, entlang seiner Lieferkette verfolgt und Kampagnen dazu entwickelt haben, diese Auswirkungen zu reduzieren.

Vom CO₂- zum Umweltfußabdruck

Vor dem Kopenhagener Klimagipfel 2009 hatte die öffentliche Beschäftigung mit dem Klimawandel ein Ausmaß erreicht, das auch Unternehmen aller Branchen einschloss. So

beteiligten sich in Deutschland einige Unternehmen an Plänen für einen Product Carbon Footprint (PCF). Sie fragten sich, ob ein auf der Ware ausgewiesener CO₂-Fußabdruck ein geeigneter Weg zu klimaverträglichen Produkten und deren Konsum sein könnte. Andere europäische Länder waren schon weiter. Frankreich galt damals als Vorreiter für ein verpflichtendes Klimalabel für Nahrungsmittel. Dort gab es bereits seit 2008 Supermärkte, die ausgewählte Produkte freiwillig mit einer Klimakennzeichnung versehen. Die Umsetzung einer französischen Gesetzesinitiative, die dies verpflichtend machen wollte, zog sich hin, wurde abgeschwächt und wieder erweitert.

Die EU-Kommission schwieg lange zu der Frage, ob denn ein nationaler Alleingang im harmonisierten europäischen Binnenmarkt überhaupt möglich sei. 2011 schlug sie dann selbst eine Methode vor, mit der „Verbraucher zuverlässige Informationen über die Umweltverträglichkeit von Produkten erhalten“ sollten.⁽¹⁾ Nach einer zweijährigen Studien- und Konsultationsphase, an der die Industrie beteiligt war, ging es rasch weiter. Im April 2013 legte die Kommission einen veränderten Vorschlag und Empfehlungen für das weitere Verfahren vor.⁽²⁾ Darin sind die beiden Methoden festgeschrieben, mit denen die Ökoleistungen von Produkten wie Unternehmen entlang ihres Lebensweges offengelegt und bewertet werden sollen. Die Kommission empfahl die Anwendung des Umweltfußabdrucks als freiwillige Maßnahme und kündigte eine dreijährige Testphase an, in der spezifische Regeln entwickelt werden sollen.

In der Testphase sind diverse Pilotvorhaben von Konsortien, in der Regel Zusammenschlüsse von Unternehmen und

deren Verbänden, geplant. Aus 90 Vorschlägen für Non-Food-Produkte suchte die Kommission im vergangenen Jahr vierzehn Musterbeispiele, sogenannte Piloten, aus. Darunter sind Batterien und Akkus, Dekofarben, Putzmittel, IT-Ausrüstung, Leder, Turnschuhe und T-Shirts. Ferner gibt es drei Piloten für den Unternehmensumweltfußabdruck, einer davon aus dem Einzelhandel und mit Beteiligung einer NGO.

Bis zum 28. März 2014 läuft die Bewerbungsfrist für Vorhaben aus dem Ernährungsbereich, etwa Futtermittel, Lebensmittel oder Getränke. Hier werden voraussichtlich weitere zehn Vorhaben ausgewählt. Die Pilotprojekte müssen die Konsortien selbst finanzieren. Die EU stellt lediglich ein koordinierendes Sekretariat. In der Testphase soll auch geklärt werden, wie die Ergebnisse innerhalb der Kette (business to business) und an die Verbraucher (business to consumer) vermittelt werden können.

Bunter Methodenmix

Sprach die Kommission in ihrem ersten Vorschlag noch vom ökologischen Fußabdruck, so bezeichnet sie die neuen Methoden jetzt als Umweltfußabdruck. Umgangssprachlich dürften Umwelt- und ökologischer Fußabdruck als ein und dasselbe wahrgenommen werden, methodisch gibt es jedoch gravierende Unterschiede. Denn die Methode des ökologischen Fußabdrucks ist durch das seit 2003 bestehende Global Footprint Network (GFN) vorgegeben. Der Produkt- und der Unternehmensfußabdruck beziehen sich zwar auf den ökologischen Fußabdruck des Netzwerks, aber auch auf andere Umweltbilanzierungs-

methoden wie zum Beispiel Lebenszyklusanalysen oder die französische Initiative für eine Umweltkommunikation über Massenprodukte. Sie beziehen sich auch auf zwei unterschiedliche Standards für die Bewertung der Treibhausgasemissionen von Waren und Dienstleistungen und auf die Normen der Internationalen Standardisierungsorganisation ISO für die Durchführung von Umweltkennzeichnungen.

Biodiversität bleibt außen vor

Bekommen Lebenszyklusanalysen mit Einführung des Umweltfußabdrucks für Produkte und Unternehmen ein größeres Gewicht in der europäischen Umweltpolitik? Nein, sagt Matthias Finkbeiner von der TU Berlin, Experte für Lebenszyklusanalysen und Berater des Bundesumweltministeriums. In einem Fachaufsatz⁽³⁾ arbeitet er Schwächen und Fehler des Ansatzes der Kommission heraus. Ein Teil der Probleme kann seiner Ansicht nach allerdings leicht gelöst werden, etwa indem PEF und OEF international akzeptierte Begriffe verwenden, statt künstlich neue zu schaffen.

Für die geplanten Umweltfußabdrücke sollen vierzehn Wirkungskategorien erfasst werden: Klimaänderung, Abbau der Ozeanschicht, Ökotoxizität – Süßwasser, Humantoxizität, Feinstaub – anorganische Emissionen, ionisierende Strahlung im Hinblick auf die menschliche Gesundheit, fotochemische Bildung von Ozon, Versauerung, Eutrophierung (Land sowie Wasser), Ressourcenerschöpfung (Wasser sowie mineralisch, fossil) und Landnutzungsänderungen. Für alle Kategorien sind konkrete Wirkungsabschätzungsmodelle und -indikatoren benannt. Auswirkungen auf die Biodiversität, auf den Bestand einzelner Arten oder auf Ökosysteme lassen sich damit bestenfalls nur indirekt erfassen. Bei Palmölprodukten lassen sich zwar deren Klimaauswirkungen ermitteln, nicht aber der mit Rodung von Wäldern für das Anlegen von Ölpalmlantagen einhergehende Verlust der Lebensräume für Tiere und Pflanzen. Der Kommissionsvorschlag lässt zudem offen, wie die gewünschte Vergleichbarkeit zum Beispiel zwischen Palm-, Soja- oder Rapsöl erzielt werden kann.

Bisher gebe es keine EU-weite Definition für „grüne“ Produkte und „grüne Organisationen“, so begründet die Kommission die Notwendigkeit von Umweltfußabdrücken für Produkte und Unternehmen. Durch den „Wildwuchs“ einzelstaatlicher und privatwirtschaftlicher Initiativen entstünden Unternehmen unnötige Kosten. Hindernisse beim grenzüberschreitenden Handel mit von als „grün“ vermarkteten Produkten könnten beseitigt und Verbrauchervertrauen auf Umweltaussagen von Produkten geschaffen werden. Konkrete und messbare Zielvorgaben nennt die Kommission aber nicht.

Soziale Frage nicht ausklammern

Die Umweltfußabdrücke sind explizit auch als Instrumente für die Kommunikation zwischen Unternehmen und Verbrauchern vorgesehen. Ein entsprechendes Label könnte entwickelt werden. Verbraucherinnen und Verbraucher nutzen bereits Labels für Waren aus dem ökologischen Landbau, dem fairen Handel, einer nachhaltigen Forstwirtschaft oder für umweltverträglichere und für gesundheitlich unbedenkliche Produkte. Ob die existierenden Produktbewertungsverfahren berücksichtigt werden, ist unklar.

Das betrifft auch den sozialen Aspekt. Zwar hat die Kommission in der Empfehlung festgestellt, dass „global gesehen auch andere Leistungsindikatoren wie wirtschaftliche und soziale Auswirkungen sowie Arbeitspraktiken eine zunehmend wichtige Rolle spielen“. Doch daraus folgert sie lediglich, „dies auf internationaler Ebene genau zu verfolgen“. Welchen Vorteil bietet ein Umweltfußabdruck, wenn er zwar für ein Produkt günstig ausfällt, dieses Produkt aber mittels ausbeuterischer Kinderarbeit, durch Zwangs- oder Sklavenarbeit hergestellt wurde?

Die Kommission ist bereit, Alternativen zum Produkt- und Unternehmensumweltfußabdruck zu prüfen. In der Tat ist ja gerade auch für die Bewertung der Umweltwirkungen von landwirtschaftlichen Produkten eine Fülle an Methoden vorhanden oder in der Entwicklung. Unklar ist, ob es tatsächlich zu einem Wettbewerb der Methoden kommt. Denn die am Ende

der dreijährigen Testphase vorgesehene Begutachtung kann nur dann alternative Methoden berücksichtigen, wenn diese den Prüfern vorgelegt werden. Wie dies geschehen soll, steht nicht im Kommissionsvorschlag.

Bisher sind der Umweltfußabdruck für Produkte und jener für Unternehmen lediglich Instrumente zur Verbesserung der Umwelt- und Ressourceneffizienz und zur Kosteneinsparung bei Unternehmen. Weitergehende Ziele wie etwa die Förderung einer nachhaltigen Entwicklung oder ein hohes Maß an Umweltschutz, die im EU-Vertrag stehen, oder die Beendigung nicht nachhaltiger Produktions- und Konsummuster aus der Abschlusserklärung von Rio+20, werden nicht ohne Druck von außen erreicht werden können. Die geplanten Fußabdrücke weisen methodische Schwächen auf, sind blind auf dem Auge der Biodiversität und halten das zweite Auge vor den Sozialstandards fest verschlossen. Eine Integration bestehender und bekannter Produktbewertungen wie die Bio-, Öko- und Fairtrade-Labels ist bisher nicht vorgesehen, sodass weiter ratlos zurückbleibt, wer sich beim Einkauf klare Infos erhoffte. Eine Mitwirkung an dem zeitintensiven Entwicklungsprozess ist für viele NGOs aus Kapazitätsgründen nicht zu leisten, ohne diese Mitwirkung fehlt aber der Einfluss der Zivilgesellschaft. Und vor allem lässt sich der bereits angefahrne Zug ohne Mitwirkung nicht auf das richtige Gleis leiten. Ignoranz ist ebenfalls keine Alternative. Dieses Dilemma müssen die Umweltverbände lösen.

Anmerkungen

- ▶ (1) www.kurzlink.de/eu-kom-pef04.2011
- ▶ (2) www.kurzlink.de/eu-kom-pef04.2013
- ▶ (3) www.kurzlink.de/finkbeiner-pef2014

Der Biologe Jürgen Knirsch ist seit 1999 bei Greenpeace. Derzeit beschäftigt er sich als Kampagner mit den Problemen eines nachhaltigen Konsums.

Kontakt:
Tel. +49 (0)40/ 30618-393
E-Mail: juergen.knirsch@greenpeace.de
www.greenpeace.de



Gentechnik

Die Welt, wie sie ihm gefällt

Windiger Evolutionsbiologe propagiert pseudowissenschaftliche Theorien pro Grüne Gentechnik

Über Sinn und Unsinn des Einsatzes von Gentechnik beispielsweise gegen den Hunger in der Welt streiten die Gelehrten seit Langem. Ein vehementer Verfechter von Eingriffen des Menschen in die Natur lehrt an der Universität Kassel. Er unterstellt der Natur Designfehler, die behoben werden müssen, und behauptet, die Evolution habe versagt. ■ VON GEREON JANZING

Ein seltenes Hobby hat der Kasseler Lehrstuhlinhaber für Pflanzenphysiologie und Evolutionsbiologie Ulrich Kutschera: Er beschäftigt sich intensiv mit dem Kreationismus, nachzulesen in seinem Buch „Design-Fehler in der Natur“.⁽¹⁾ Hat er nichts Besseres zu tun, als den Kreationisten diese übersteigerte Aufmerksamkeit zu zollen? Liegt es fern, da versteckte Motive zu vermuten? Es deutet alles darauf hin, dass er in Wahrheit beweisen will, dass die Natur korrekturbedürftig ist, und zwar mithilfe von biotechnologischen Verfahren wie Gentechnik und Klonen.

Es ist kaum damit zu rechnen, dass viele Biologinnen seine Ergüsse ernst nehmen. Schon allein sein polemisch-hasserfüllter Stil zeigt, dass es ihm mehr um einen politisch-ideologischen Kampf geht als um Fakten. Zudem betont Kutschera stets seine Wissenschaftlichkeit und die Unwissenschaftlichkeit aller Andersdenkenden mit wiederholt inhaltsleeren Attacken gegen die – von ihm völlig undifferenziert sogenannten – Geisteswissenschaftler. Normalerweise überzeugt ein Akademiker nicht durch affektiertes Zurschaustellen von Wissenschaftlichkeit und ständiges Betonen seiner Seriosität, sondern durch Faktenwissen und Verständnis für Zusammenhänge. Vermutlich lassen sich einige Laien durch die strategische Anbiederungstechnik von Kutschera beirren und schenken seinen abstrusen Gedankengängen Glauben.

Wer mit Zeugen Jehovas, Evangelikalen oder Anthroposophen über deren Vorstellung von der Erdgeschichte diskutiert hat, gewährt dem Autor vielleicht einen Vertrauensvorschuss. Womöglich ist das seine einzige Absicht, zumal er die Kreationisten nur mit Polemiken attackiert, aber

ihren Argumenten nichts Wissenschaftliches entgegenzusetzen kann. Viele Atheisten mögen genau das in seinen Worten finden, was sie hören wollen.

Hybris eines Hochschullehrers

Der Professor spricht immer wieder verächtlich von intelligentem Design, verschleiern „ID“ genannt, etwa durch einen Gott, der die Natur geschaffen haben soll. Sicher hat er recht mit seinen Ausführungen darüber, warum immer wieder Menschen versuchen, bedeutende Forscher wie Albert Einstein und Charles Darwin zu widerlegen. Da aber seiner Ansicht nach „Diskussionen mit ID-Gläubigen sinnlos sind“, darf man wohl folgern, dass er nicht für diese schreibt, sondern für die schon von der Evolution Überzeugten, um sie für seine Ziele einzunehmen. Wenn er das schon nicht mit Fachwissen kann, dann zumindest mit einem gemeinsamen Feindbild. Kutschera kritisiert, dass sich Menschen „ohne biologische Fachausbildung“ „auf einem intellektuell sehr niedrigen Niveau“ öffentlich zu Themen der Evolution äußerten. Aber er äußert sich selber sehr viel zu religionsethnologischen Themen, ohne ethnologische Fachausbildung, auf einem intellektuell sehr niedrigen Niveau. Er betrachtet nur isolierte Erscheinungen ohne historische und funktionale Zusammenhänge.

Immer wieder findet Kutschera bei den Kreationisten „Dogmen“, während er sich selbst zur „ergebnisoffenen Wissenschaft“ bekennt. Wenn er die Homöopathie und die biologisch-dynamische Landwirtschaft verhöhnt, stellt sich die Frage: Hat er ergebnisoffene Recherchen hierzu gemacht? Oder lehnt er diese Praktiken von vornhe-

rein ab, weil sie seinen eigenen Dogmen widersprechen?

Kutschera postuliert massenweise Designfehler in den Ergebnissen der Evolution. Als Universitätsprofessor indoktriniert er seine StudentInnen mit seinem Konstrukt von Designfehlern. Und er stellt überrascht fest, dass seine Fantasien „außerhalb der Fachwelt kaum bekannt“ seien. Wenn ein Naturwissenschaftler etwas in der Natur nicht versteht, schreibt er das zunächst seinem begrenzten Horizont zu. Ganz anders Kutschera: Er wirft der Natur vor, sie mache es falsch und müsse mittels Biotechnologie korrigiert werden. So bezeichnet er beispielsweise den größten Teil der DNS (DNA) als „funktionslosen Schrott“. Es ist allerdings nicht besonders wissenschaftlich, etwas, das man nicht versteht, funktionslos zu nennen. Was Kutschera als Designfehler definiert, sind in Wahrheit Denkfehler seinerseits.

Salz und Honigbiene – Irrtümer der Natur

So schreibt Kutschera, dass Kristalle, etwa Kochsalzkristalle, nicht dem entsprechen, was er unter Perfektion versteht, sondern dass sie Unregelmäßigkeiten aufweisen, gar Magnesiumatome einlagern würden. Das ist sicher richtig. Aber wo ist das Problem? Vermutlich weiß er nicht, dass reines Kochsalz ernährungsphysiologisch minderwertig gegenüber Meersalz ist. So meint er, die Natur habe etwas falsch gemacht, weil sie keine einfach strukturierten Kochsalzkristalle nach Lehrbuch hervorbringt, ein intelligenter Designer hätte das anders gemacht. Warum? Muss ein intelligenter Designer erst einmal die Schulbücher lesen, um dann eine so einfache Welt zu

erschaffen, dass auch Professor Kutschera sie verstehen und für gut befinden kann?

Der Honigbiene wirft der Autor vor, dass sie nicht alle Pflanzen, deren Pollen sie sammelt, effektiv bestäubt, sondern die Bestäubung mancher Pflanzen anderen Tieren überlässt. Er nennt das „Pollen-Diebstahl“. Ausgerechnet die Honigbiene, die in der Laienwelt das Sinnbild für Bestäubung ist, vollbringt diese nicht allein. Müssen sich alle Tiere nach der Nützlichkeit für Menschen richten? Was sagt Kutschera wohl dazu, dass Tiere und Menschen die Samen vieler Pflanzen, zum Beispiel Mandeln oder Haselnüsse, „stehlen“ und verzehren, wo diese doch eigentlich der Fortpflanzung dienen sollen?

Dass auch der Wind sich an der Bestäubung beteiligen muss, ist aus Kutscheras Sicht ohnehin ein Designfehler: Die Bestäubung der Angiospermen, also der bedecktsamigen Pflanzen durch Tiere (Zoophilie) sei „um ein Vielfaches effizienter“ als die bei Koniferen und Gräsern entwickelte Windbestäubung (Anemophilie). Nachdem sich die Windbestäubung seit Jahrmillionen bewährt hat, kommt ein ergebnisoffener Vertreter einer evolutiv jungen Spezies daher und klärt uns auf, dass sie ein Fehler ist. Als Pflanzenphysiologe müsste er wissen, dass die aufwendigen Mechanismen zur Anlockung der Tiere wie Nektar und farbige Kron- oder Hochblätter in die Bilanz mit eingehen, aber das verschweigt er, da es seinem Konzept der Designfehler im Weg steht. Die erhöhte Pollenproduktion ist für manche in großen Beständen auftretenden Pflanzen günstiger als die Abgabe von Nektar. In der Ökologie heißt so etwas „r-Strategie“, nicht Fehler.

Kutschera geht sogar so weit, die geschlechtliche Fortpflanzung als Designfehler zu verurteilen. Die Fortpflanzung durch variable Klone sei intelligenter. Und wie soll bei Klonen die Variabilität zustande kommen? Die Biologen sehen heute in der Gendurchmischung durch Sexualität einen wesentlichen Triebfaktor der Evolution. Und wir sehen, dass sich die sexuelle Fortpflanzung in vielen Organismengruppen durchgesetzt hat, was sie sicher nicht geschafft hätte, wenn sie ein derartiger Fehler wäre, wie uns der Autor weismachen

will. Es ist zu vermuten, dass es ihm hier nicht darum geht, sachliche Informationen zu verbreiten, sondern Akzeptanz für das biotechnologische Klonen zu erreichen.

Heilsbringerin Gentechnik

Unglaublich naiv zeigt sich Kutschera in seinem quasireligiösen Erlösungsglauben an die Gentechnik, die die Ernährung der Menschheit sichern soll. Dies ist wahrscheinlich sein Hauptanliegen: der Natur Fehler nachzuweisen, um die Gentechnik zu rechtfertigen. Tatsache aber ist, dass Massen von Nahrungsmitteln vernichtet werden und dass viele Menschen an Folgen von Überernährung erkranken, während ihre Nahrung aus Hungergebieten importiert wird. Kutschera aber will die Überproduktion sogar steigern. Noch im Jahr 2013 folgt er dem Wachstums- und Machbarkeitswahn der 1950er- und 60er-Jahre. Eine Umverteilung der Güter scheint keine Alternative für ihn zu sein. Gentechnik und Patente auf Genpflanzen schaffen neokoloniale Abhängigkeiten, die bäuerliche Existenzen zerstören und die Hungersnot vergrößern. Dass die Menschen in Europa mehrheitlich Gentechnik im Essen ablehnen, interessiert ihn nicht. Dass die Gentechniklobby ganz massiv die Agrobiodiversität vernichtet, sieht er nicht. Wer weiß, was ihm Monsanto oder Bayer für seine unwissenschaftliche Verbreitung von korrekturbedürftigen Designfehlern zustecken?

Dem Erreger der Kraut- und Knollenfäule bescheinigt er in seinem wenig sachlichen Sprachstil „Massenmord“ an Kartoffeln. Diesen Designfehler der Natur will er mittels gentechnischer Veränderung beheben. Die Natur ist ihm aber bereits zuvorgekommen und hat in den Anden Kartoffelarten geschaffen, die widerstandsfähiger als die üblicherweise einzige angepflanzte Kartoffelart (*Solanum tuberosum*) ist. Dass sich Schädlinge in gigantischen von Menschen angelegten Monokulturen ungehemmt ausbreiten, ist bekannt. Kutschera macht die Natur dafür verantwortlich. Das Konzept großer Monokulturen zu hinterfragen und die Agrobiodiversität zu fördern, übersteigt seinen Horizont. Wenn sich so vieles durchgesetzt

hätte, was ein Fehler ist, wäre das doch ein gravierendes Argument gegen die natürliche Auslese und damit gegen die Evolution.

Pseudowissenschaft mit Hintergedanken

Dennoch behauptet der Professor dreist, das Konstrukt der Designfehler sei „unter Naturforschern lange anerkannt“. Damit will er offensichtlich seine Glaubhaftigkeit bei Laien erhöhen. Liegt es demnach im Wesen von Naturforschern, die Funktionalität der Windbestäubung, die für ökologisch geschulte Menschen offensichtlich ist, nicht zu verstehen? Die Evolution macht offenbar so vieles falsch, hat aber einen intelligenten Kutschera hervorgebracht, der alles viel besser machen würde. Wenn Kutschera wüsste, dass er ein Zufallsprodukt der Evolution ist, wie könnte er sich dann für so allwissend halten? Würde es dem Autor tatsächlich darum gehen, die Evolution zu beweisen, müsste er nicht zu Falschaussagen Zuflucht nehmen, sondern könnte mit Tatsachen argumentieren. Wenn er es ständig nötig hat, zur Rechtfertigung der Gentechnik Unwahrheiten zu verbreiten, darf man wohl folgern, dass er genau weiß, dass er keine ehrlichen Argumente pro Gentechnik hat. Zur Frage, ob die Evolution ohne Gott zurechtkommt, äußert sich Kutschera entschieden negativ: Er glaubt zwar nicht, dass sie einen intelligenten Designer hat, hat aber aus der kreationistischen Mythologie die Aussage übernommen, dass sie einen braucht: eine unumschränkt herrschende Gentechniklobby.

Anmerkung

(1) Ulrich Kutschera: Design-Fehler in der Natur. Alfred Russel Wallace und die Gott-lose Evolution. Lit-Verlag Berlin und Münster 2013.

Der Biologe, Ethnologe und Geograf Gereon Janzing ist freier Autor und lebt auf Ibiza.

Kontakt: Tel. +34 / 600877151,

E-Mail: contacto@gereon.es, www.gereon.es



ABFALL, CHEMIE & EMISSIONEN

Schiffsrecycling

Zu viele Schrottkähne enden am Strand

■ Jedes Jahr lassen Reeder ausgediente Handelsschiffe in Entwicklungsländern stranden, anstatt sie in sicheren Recyclinganlagen abzuwracken. Daran hat sich auch 2013 nicht viel verbessert: Mehr als die Hälfte von über 1.200 Schrottschiffen wurden auf Stränden in Indien, Pakistan und Bangladesch entsorgt. Das zeigt eine Bestandsaufnahme des NGO-Bündnisses NGO Shipbreaking Platform.

Deutsche und griechische Reeder haben rund 80 Prozent ihrer alten Schiffe auf den Strand gesetzt und gehören damit weltweit zu den traurigen Spitzenreitern. Insgesamt haben europäische Unternehmen im vergangenen Jahr 372 Handelsschiffe zur Verschrottung verkauft, 238 davon landeten auf Stränden in Südasien, wo Umweltstandards, Arbeitsrecht und Sicherheitsmaßnahmen nur besonders schwach sind. Nur ein Drittel der Schiffe wurde also einem sicheren Recycling zugeführt. Im Vergleich zum kostenintensiven Recycling ist das Stranden der Schiffe für die Reeder ein lukratives Geschäft.

„Mehr Reeder habe sich für sicheres und sauberes Recycling entscheiden. Das ist eine gute Nachricht für Mensch und Umwelt“, sagte die Geschäftsführerin der NGO Shipbreaking Platform Patrizia Heidegger. „Trotzdem hat die Mehrheit der Reeder ihre schmutzigen und gefährlichen Praktiken aufrechterhalten. Europäische Unternehmen zählen zu den schlimmsten weltweit.“

Die meisten der Schrottkähne enthalten umwelt- und gesundheitsschädigende Materialien wie etwa Asbest, Schwermetalle oder polychlorierte Biphenyle (PCB). Die EU hat im Dezember 2013 daher das Stranden von in Europa registrierten Schiffen verboten. Die EU-Verordnung zum Schiffsrecycling setze aber keine finanziellen Anreize und werde dadurch zum zahnlosen Tiger, kritisiert die NGO Shipbreaking Platform. Viele

Reeder würden so auch weiterhin das EU-Recht umgehen, indem sie unter außereuropäischen Flaggen fahren. [dh]

► www.kurzlink.de/schiffe-recyclist13

Plastikmüll

Parlament bringt Kommission in Zugzwang

■ Die EU-Kommission soll noch in diesem Jahr Maßnahmen vorschlagen, um das Aufkommen von Plastikmüll zu senken. Das forderte Mitte Januar eine große Mehrheit der Europaabgeordneten und setzte damit ein Zeichen gegen die Vermüllung der Umwelt.

Im März 2013 hatte die EU-Kommission ein Grünbuch zu einer europäischen Strategie für Kunststoffabfälle in der Umwelt veröffentlicht und eine Debatte über den künftigen Umgang mit Plastikmüll gestartet (umwelt aktuell 4.2013, S. 8). Mit ihrer Resolution rufen die EU-ParlamentarierInnen die Kommission jetzt zum Handeln auf: Als Teil einer EU-Strategie zur Verringerung von Kunststoffabfällen, sollen ab 2020 die gefährlichsten Kunststoffe und bestimmte Plastiktüten verboten werden. Auch ein Verbot von einigen Phthalaten und bromierten Flammschutzmitteln in Elektro- und Elektronikgeräten haben die ParlamentarierInnen in die Resolution geschrieben.

Darüber hinaus setzen sich die Abgeordneten für eine verbindliche Sammelquote von 80 Prozent der Kunststoffabfälle ein und fordern, das Recycling von Plastikmüll zu stärken. Hierzu soll die EU-Kommission bis Ende 2014 konkrete Vorschläge machen, wie die Deponierung von recyclingfähigem und wiederverwertbarem Plastikmüll bis 2020 schrittweise abgeschafft und das Verbrennen dieser Stoffe unterbunden werden kann.

Vor allem ökologische, aber auch ökonomische Gründe sprechen aus Sicht der Europaabgeordneten für strenge Regeln zum Umgang mit Plastikabfällen. Bei der derzeitigen Recyclingquote von 25 Prozent

bleibe das große wirtschaftliche Potenzial des Recyclings ungenutzt, heißt es in der Resolution. Eine vollständige Umsetzung des europäischen Abfallrechts sei daher notwendig und biete die Chance einer Umsatzsteigerung von rund 42 Milliarden Euro und 400.000 neuer Arbeitsplätze in der Abfall- und Recyclingbranche.

Verschärfte Recyclingziele und eine schrittweise Reduzierung des deponierten Mülls fanden auch bei EU-BürgerInnen, Institutionen und Organisationen breite Zustimmung. Das ist das Ergebnis einer öffentlichen Konsultation zur Überarbeitung der europäischen Abfallstrategie. Somit ist jetzt die EU-Kommission am Zug: Umweltkommissar Janez Potočnik hat 2014 zum europäischen Jahr des Abfalls erklärt und die Überarbeitung des europäischen Abfallrechts zu seinem Arbeitsschwerpunkt gemacht. [dh]

► Resolution:

www.kurzlink.de/ep-resolu-plast2014

► Konsultationsergebnis (engl., PDF):

www.kurzlink.de/consul-eu-waste-13

Plastiktüten

Umweltausschuss berät über Steuer

■ Ende Januar hat der Umweltausschuss des EU-Parlaments die Beratungen zu einer Reform der europäischen Verpackungsrichtlinie aufgenommen. „Plastiktüten verursachen jedes Jahr immense Umweltschäden. Europa muss daher endlich ein deutliches Zeichen setzen: Statt auf freiwillige Maßnahmen von Plastikproduzenten und Einzelhandel zu hoffen, müssen Plastiktüten endlich so weit wie möglich aus unserem Alltag verbannt werden“, forderte NABU-Bundesgeschäftsführer Leif Miller.

Der Parlamentsbericht der dänischen Grünen-Abgeordneten Margrete Auken geht aus Sicht des NABU schon in die richtige Richtung. Auken führt in ihrem Bericht explizit die Besteuerung und ein absolutes Ziel zur Verringerung von Plastiktüten auf. Die Reduzierung von Plastiktüten würde dann nicht im Verhältnis

zu Indikatoren wie etwa dem Wirtschaftswachstum stehen. Der Wirtschaftsausschuss des EU-Parlaments hat sich in einer Stellungnahme unterdessen gegen verbindliche EU-Vorgaben ausgesprochen. [dh]

- ▶ Parlamentsbericht (PDF): www.kurzlink.de/epbericht-plsttuet14
- ▶ NABU, Abfallexperte Dr. Benjamin Bongardt, Berlin, Tel. +49 (0)30/ 28498416- 10, E-Mail: Benjamin.Bongardt@nabu.de, www.nabu.de

Illegale Abfallexporte

Bessere Kontrollen statt nur Vertrauen

■ Die Abgeordneten des EU-Umweltausschusses haben Ende Januar für schärfere Kontrollen bei der Ausfuhr von Abfall gestimmt. Mehrheitlich unterstützten sie den Bericht des belgischen Grünen-Abgeordneten Bart Staes zur Überarbeitung der EU-Verordnung über die Verbringung von Abfällen (VVA) und erteilten ihm ein Verhandlungsmandat für das Triologverfahren mit der griechischen Ratspräsidentschaft sowie der EU-Kommission. [dh]

- ▶ www.kurzlink.de/epbericht-abfexp0114

Abfallvermeidungspläne

Bislang vermieden

■ Bis Ende vergangenen Jahres sollten die Mitgliedstaaten bei der EU-Kommission ihre Abfallvermeidungspläne einreichen. Bislang haben das aber nur 14 europäische Mitgliedstaaten sowie Teile von Belgien und England getan. Die übrigen EU-Länder wollen die Pläne im ersten Halbjahr 2014 nachreichen. Die meisten Staaten koppeln ihre Reduktionsziele für Abfall an das Wirtschaftswachstum, nur vier der bisher eingereichten Pläne enthalten feste Ziele.

Brüssel, das einen eigenen Abfallvermeidungsplan vorgelegt hat, plant beispielsweise die Lebensmittelverschwendung jährlich um fünf Kilo pro Kopf zu senken und die

Papierverschwendung in Büros um 30 Kilo zu reduzieren. Deutschland hingegen hat seinen Abfallvermeidungsplan in Relation zu Bruttoinlandsprodukt, Arbeitsplätzen und Bevölkerung gesetzt. Alle Strategien beinhalten den privaten und öffentlichen Müll und die meisten decken auch noch den Bau, Industrie, Einzelhandel oder Transport ab. Allerdings hat nur ein kleiner Teil der Länder bei seiner Zielsetzung die Landwirtschaft, Bergbau oder Beschaffung von Grundmaterialien berücksichtigt. [vv]

- ▶ Infos zur EU-Abfallrahmenrichtlinie: ec.europa.eu/environment/waste/framework

Recyclingstudie

In Zukunft weniger Müllverbrennung

■ Energie aus Müllverbrennungsanlagen könnte ab 2050 nicht mehr nötig sein. Zu diesem Ergebnis kam eine Anfang Februar vom Öko-Institut und vom Bundesverband der Deutschen Entsorgungs-, Wasser- und Rohstoffwirtschaft (BDE) veröffentlichte Studie. Wenn die Umweltvorgaben von der Bundesregierung tatsächlich eingehalten werden, können bis Mitte des Jahrhunderts etwa 80 Prozent des Energiehaushaltes durch erneuerbare Energien produziert werden. Dadurch würde der Strom aus Verbrennungsanlagen unnötig werden. Das hätte nicht nur die Schließung von bis zu 60 Anlagen zur Folge. Auch der CO₂-Ausstoß könnte dadurch gesenkt werden. Doch um überhaupt Anlagen schließen zu können, müsste viel mehr Müll recycelt werden.

Dazu fehlen aber die entsprechenden Rahmenbedingungen. Denn Recyceln ist nicht nur deutlich teurer als Verbrennen, sondern auch aufwendiger. Vor allem die Wiederverwertung von Kunststoffen erweist sich als schwer umsetzbar, da viele BürgerInnen Kunststoffabfälle nicht getrennt sammeln, sondern im Restmüll entsorgen. Doch auch beim Bioabfall gibt es Probleme. Dieser müsste viel konsequenter getrennt werden, forderte Günter Dehoust vom Öko-Institut. Erst dann könnten aus

Nachhaltigkeit

A-Z



B wie Beteiligung

Der Meeresspiegel steigt und ebenso die Temperaturen in der Atmosphäre: Entwarnung ist nicht in Sicht. Realistisch betrachtet geht es nicht mehr »nur« um die Begrenzung der Erderwärmung, sondern um die Anpassung an den Klimawandel. Geeignete Strategien findet man am besten durch die Einbindung möglichst vieler gesellschaftlicher Akteure – mit regionalspezifischen Ansätzen der Bürgerbeteiligung.

A. Knierim, S. Baasch, M. Gottschick (Hrsg.)
Partizipation und Klimawandel
 Ansprüche, Konzepte und Umsetzung
 294 Seiten, broschiert, 34,95 Euro,
 ISBN 978-3-86581-454-8

Erhältlich bei
www.oekom.de
oekom@verlegerdienst.de

 oekom

Die guten Seiten der Zukunft

dem Biomüll Energiequellen, wie zum Beispiel Biogas gewonnen werden. Bislang werden jährlich noch etwa 24 Millionen Tonnen Müll verbrannt. [lh]

► www.bde-berlin.org/?p=8992

Verpackungsverordnung

Recycling statt Verbrennung

■ Die Bundesregierung hat Anfang Februar eine neue Verpackungsverordnung auf den Weg gebracht. Diese soll in den nächsten Jahren die Finanzierung der Abfallwirtschaft in Deutschland sichern. Besonders bei der Entsorgung von Verpackungsmüll hatte es seit der letzten Reform verstärkt Probleme gegeben. Denn Supermärkte und Tankstellen umgehen das kostspielige Duale System immer häufiger, indem sie ihren Müll selber abholen lassen. Der Umweltminister von Nordrhein-Westfalen Johannes Remmel sieht eine Lösung des Problems vor allem in detaillierteren Verträgen mit den Unternehmen. Das würde aber nur die Finanzierung des Systems sicherstellen. Laut NABU-Abfall-Experte Benjamin Bongardt soll die neue Verpackungsverordnung aber auch Umweltfragen klären. So müsste zum Beispiel deutlich mehr Müll recycelt werden. Zur-

zeit werden nur etwa 36 Prozent des Verpackungsmülls wiederverwertet. Der Rest landet in Verbrennungsanlagen. [lh]

► NABU, Dr. Benjamin Bongardt, Berlin, Tel. +49 (0)30/ 28498416- 10, E-Mail: Benjamin.Bongardt@nabu.de, www.nabu.de

Bisphenol A

EFSA will Grenzwert senken

■ In Kunststoffen und Weichmachern ist Bisphenol A (BPA) weit verbreitet – beispielsweise in Lebensmittelverpackungen, Babyschnullern oder Thermopapier. Dabei ist Bisphenol A schon in geringen Mengen hormonell schädlich. Die europäische Lebensmittelbehörde EFSA möchte jetzt die Grenzwerte senken.

Die EFSA hat eine neue Risikoeubewertung von BPA vorgenommen und stuft die Chemikalie darin als potenziell gefährlich für Leber, Nieren und Brustdrüsen ein. Aus Sicht der Behörde ist der Zusammenhang zwischen Gesundheitsschäden und einer BPA-Exposition allerdings nur wahrscheinlich und nicht zwingend gegeben. Die EFSA empfiehlt dennoch, schon jetzt die sogenannte täglich tolerierbare Aufnahmemenge von BPA (TDI) von bislang 50 Mikrogramm pro Kilogramm Körperge-

wicht auf 5 Mikrogramm zu senken. Eine endgültige Entscheidung über die Herabstufung des Grenzwerts müssen aber EU-Kommission und Mitgliedstaaten treffen.

Bis zum Sommer will die EFSA ihre BPA-Risikobewertung überarbeiten. Eine Studie des National Toxicology Program aus den USA und die Ergebnisse einer öffentlichen EU-Konsultation sollen dann einfließen. Bis zum 13. März haben Interessengruppen und interessierte BürgerInnen die Möglichkeit, den Entwurf der Risikoneubewertung für BPA zu kommentieren. [dh]

► BPA-Risikobewertung (engl., PDF):

www.kurzlink.de/efsa-bparisk2014-pdf

► Konsultation (engl.): www.efsa.europa.eu/de/consultations/call/140117.htm

GLOBALISIERUNG & EINE WELT

Tunesien

Neue Verfassung: Klimaschutz inbegriffen

■ Drei Jahre nach dem arabischen Frühling und dem Sturz des autokratisch regierenden Präsidenten Ben Ali hat Tunesien



Welchen Strom wollen wir haben?

Die deutsche Energie- und Stromversorgung soll radikal umgebaut werden. Das kann nur gelingen, wenn möglichst viele Bürger beteiligt und befragt werden – siehe Stuttgart 21. Die Autoren untersuchen systematisch die Akzeptanz von Stromtechnologien und Energiemixen und kommen zu teilweise überraschenden Ergebnissen: Energieeffizienz-Maßnahmen rangieren in der Gunst vor den Erneuerbaren und die Kernenergie wird als Übergangstechnologie akzeptiert.

Dirk Scheer, Wilfried Konrad, Ortwin Renn, Oliver Scheel

Energiepolitik unter Strom

Alternativen der Stromerzeugung im Akzeptanztest

222 Seiten, Softcover, 29,95 Euro, ISBN 978-3-86581-469-2
Erhältlich bei www.oekom.de, oekom@verlegerdienst.de

Die guten Seiten der Zukunft

 oekom

eine neue Verfassung. Am 26. Januar haben 200 von 216 tunesischen Abgeordneten für die liberale Verfassung gestimmt. Bewahrung des Friedens, Gleichheit der Geschlechter und eine Klimaschutzklausel sind jetzt im tunesischen Staatsverständnis verankert. Tunesien ist das erste Land außerhalb Lateinamerikas, das eine verbindliche Klimapassage in der Verfassung hat. Konkret heißt es in dem Text: „Der Staat garantiert das Recht einer gesunden und ausgeglichenen Umwelt und die Beteiligung am Klimaschutz. Der Staat soll alle notwendigen Dinge tun, um Umweltverschmutzung zu beenden.“

Die Protestbewegung in Tunesien gilt als Auslöser für den arabischen Frühling. Das nordafrikanische Land wurde in der arabischen Welt zum Vorbild im Kampf für Freiheit und Gerechtigkeit. Die neue, moderne Verfassung bekräftigt diese Vorreiterrolle nun auch im Bereich des Klimaschutzes. Der Europaabgeordnete und Klimapolitiker Graham Watson resümiert: „Das Engagement und die Vision der tunesischen Gesetzgeber wird in naher Zukunft bei klimatischen Bedrohungen andere Regierungen und Gesetzgeber in der ganzen Welt ermutigen andere Präzedenzfälle zu schaffen.“ Als nächste Schritte der Demokratisierung stehen in Tunesien Präsidentschafts- und Parlamentswahl an. [vw]

► www.kurzlink.de/Klimaschutzklausel

Great Barrier Reef

Kohle verschmutzt Korallen

■ Ende Januar hat die Verwaltung des Schutzgebietes Great Barrier Reef dem Betreiber des Kohlehafens Abbot Point an der Ostküste Australiens erlaubt, Erde und Schlamm im Korallenriff zu versenken. Etwa drei Millionen Kubikmeter Meeresboden sollen abgebaggert werden, um den Hafen zu vergrößern. Allein durch den Klimawandel könnte das Great Barrier Reef schon 2050 größtenteils zerstört sein. Die Belastung durch den Schlamm wird die Zerstörung beschleunigen. Für die Genehmigung zahlte der Hafentreiber

rund 60 Millionen Euro an die Schutzgebietsverwaltung. Diese will mit dem Geld an anderer Stelle im Riff Umweltschutzprojekte durchführen. Außerdem haben beide Seiten Umweltvorschriften vereinbart. Umweltverbände kritisieren diese allerdings als zu schwach. Auch die Tatsache, dass einige Mitarbeiter der Schutzgebietsverwaltung früher selbst in der Kohleindustrie tätig waren, verärgert die Naturschützer. [as]

► www.whc.unesco.org/en/list/154

Ausführliche Berichte und Hintergrundinformationen über Globalisierung & Eine Welt lesen Sie im vierteljährlichen Rundbrief des Forums Umwelt und Entwicklung: www.forumue.de

KLIMA & ENERGIE

EU Klimaziele 2030 I

Zu schwach gegen Erwärmung

■ Ende Januar hat die EU-Kommission einen Vorschlag für neue EU-Energie- und Klimaziele vorgelegt. Anders als beim aktuellen Klimapaket will die EU nach 2020 den Mitgliedstaaten nicht länger Vorgaben für erneuerbare Energien machen. Auch zu Effizienz schweigt die EU-Kommission.

Bis 2030 soll die EU ihre Treibhausgase um 40 Prozent senken und den Anteil erneuerbarer Energien auf 27 Prozent steigern, heißt es im Kommissionsvorschlag. Bei den erneuerbaren Energien handelt es sich um ein EU-weites Ziel. Noch ist unklar, welche Wirkung es entfalten kann, da Zielvorgaben für die einzelnen Länder fehlen.

Kritik gab es unter anderem an der Höhe der Ziele. „Eine Senkung der Treibhausgase um 40 Prozent und eine Steigerung der erneuerbaren Energien auf 27 Prozent bis 2030 sind ein Witz“, sagte

DNR-Präsident Hartmut Vogtmann. Die Vorgaben reichten bei Weitem nicht aus, einen kritischen Anstieg der Erdtemperatur über zwei Grad zu verhindern. Schon allein mit den bestehenden und beschlossenen Maßnahmen kommt die EU den eigenen Berechnungen nach auf 32 Prozent Treibhausgasersparungen – ganz ohne neue Ziele. „Allem Anschein nach wollen die Regierungen in den nächsten sechzehn Jahren die Hände in den Schoß legen“, monierte Vogtmann.

Umweltverbände bemängelten auch, dass verbindliche Ziele für Energieeffizienz fehlen. Dabei könnte die Energieeffizienz maßgeblich zur Schaffung von Arbeitsplätzen und zum Gesundheitsschutz beitragen. Das hatten Analysen der EU-Kommission gezeigt. Energiekommissar Oettinger versprach das Thema im September nach der Revision der EU-Energieeffizienzrichtlinie anzugehen, legte sich gegenüber der Presse jedoch nicht fest, ob ein verbindliches Ziel kommen werde.

Am 21. März wollen die Staats- und Regierungschefs über die neuen Klimaziele entscheiden. Bislang tritt auch die Bundesregierung nur für ein Klimaziel von 40 Prozent ein. Laut DNR sind mindestens 55 Prozent Treibhausgasreduktionen, 45 Prozent erneuerbare Energien und 40 Prozent Energieeinsparung nötig: „Vor sieben Jahren hat Angela Merkel der Welt als Klimakanzlerin gezeigt, wie man alle EU-Staaten hinter sich vereinigt, um drei Klimaziele zu verabschieden. Nun brauchen wir wieder ein solches Engagement – aber für Klimaziele, die ihren Namen wirklich verdienen“, sagte Vogtmann. [sl]

► www.ec.europa.eu/energy/2030_en.htm

► DNR-Hintergrund: www.eu-koordination.de/pdf/2030klimaziele.pdf

EU-Klimaziele 2030 II

40 Prozent Energie sparen

■ Anfang Februar hat sich das EU-Parlament für verbindliche Ziele ausgesprochen: 40 Prozent Energiesparen, 40 Prozent Treibhausgasreduktionen und 30 Prozent

GAU ohne Ende

Manche schreiben, die Reaktorkatastrophe von Fukushima sei nun drei Jahre her. Dabei dauert sie bis heute an. Und niemand weiß, was da noch alles kommt. Die Betreiberfirma Tepco und der japanische Staat machen jedenfalls nicht den Eindruck, als hätten sie die Situation im Griff.

Fast täglich gibt es beunruhigende Meldungen, wobei sich die hiesigen Medien in ihrer Berichterstattung fast ausschließlich auf technische Vorgänge rund um das AKW konzentrieren. Die Situation der Evakuierten und der Menschen in den verstrahlten Gebieten ist dagegen kaum Thema.

Die 54 Reaktoren in Japan sind derzeit alle abgeschaltet. Die japanische Wirtschaft und Gesellschaft brechen deswegen nicht zusammen. Das ist auch deswegen interessant, weil hierzulande schon wieder Zweifel daran geschürt werden, ob Deutschland auf die neun noch laufenden Meiler verzichten kann.

Wer bisher dachte, dass sich niemand mehr an die AKW-Laufzeiten herantraut, sollte in diesen Wochen die energiepolitische Debatte in Bayern verfolgen. Dort stellen einflussreiche Kräfte aus Wirtschaft und Politik das Aus für das AKW Grafenrheinfeld Ende 2015 in Frage. Dabei ist der Reaktor am Main das einzige Atomkraftwerk, das überhaupt in dieser Legislaturperiode abgeschaltet werden soll.

Bleibt es bei den im Atomgesetz festgelegten Restlaufzeiten, dann ist Deutschland auch bei der nächsten Bundestagswahl noch zweitgrößter Atomstromproduzent in der EU – und das sechs Jahre nach dem „Ausstiegs“-Beschluss. Dabei würde es die Energiewende deutlich voranbringen, wenn die AKW schneller vom Netz gingen. Für die Versorgungssicherheit braucht es die alten Meiler schon heute nicht mehr.

Jochen Stay ist Sprecher der Anti-Atom-Organisation ausgestrahlt.

**Kontakt: Tel. +49 (0)40 / 25318940,
E-Mail: j.stay@ausgestrahlt.de,
www.ausgestrahlt.de**

erneuerbare Energien. Der klimaskeptische Berichtersteller Konrad Szymanski aus Polen distanzierte sich von dem Ergebnis. „Wenn wir diese Ziele vor den Verhandlungen in Paris 2015 annehmen, wäre das ein Fehler“, monierte er. Die belgische Berichterstellerin Anne Delvaux hingegen freute sich: „Der Energiepreis beeinträchtigt Unternehmen, die Industrie und insbesondere die Bürger erheblich. Wenn wir unsere Energieimporte verringern wollen, müssen wir mehr Energie in Europa produzieren, indem wir unsere Ressourcen besser und effizienter nutzen.“

Während Umweltorganisationen das Treibhausgasziel und das Ziel für erneuerbare Energien als viel zu niedrig beurteilten, begrüßten sie den Entschluss des Parlaments für drei verbindliche Ziele, darunter auch das 40-prozentige Energie-sparziel. Auch die Deutsche Unternehmensinitiative für Energieeffizienz (DENEFF) bewertete den Parlamentsbeschluss als Durchbruch: „Das ist ein gutes Zeichen für die europäische Wirtschaft. Es bedeutet künftig zuverlässigere Rahmenbedingungen für Investitionen von Unternehmen, Verbrauchern und öffentlicher Hand gegen teure Energieverschwendung. Wir hoffen, dass sich nun auch der EU-Rat der Haltung des Parlaments und der Bundesregierung in dieser Frage anschließt.“

Das Fraunhofer-Institut hat errechnet, dass das Ziel von 40 Prozent Endenergieeffizienz private Haushalte und die Industrie ab 2030 durch gesunkene Energierechnungen von netto jährlich 240 Milliarden Euro entlasten würde. [5]

► www.kurzlink.de/pmparf14

Klimawandel

2013 siebtwärmstes Jahr

■ Das vergangene Jahr war laut der amerikanischen Weltraumbehörde Nasa das siebtwärmste seit Beginn der Wetteraufzeichnungen im Jahr 1880. Insgesamt seien die zehn wärmsten Jahre alle nach der letzten Jahrtausendwende gemessen worden. Aus Sicht der Nasa bekräftigt dies

den langfristigen Trend zur Erwärmung. Die Durchschnittstemperatur lag 2013 bei 14,6 Grad Celsius, 0,8 Grad über der Temperatur von 1880. [vv, rm]

► www.climate.nasa.gov

Energiepreise

Für Wettbewerbsfähigkeit nicht entscheidend

■ Energiepreise beeinflussen den wirtschaftlichen Wettbewerb in Europa kaum und spielen für die Mehrheit der europäischen Unternehmen auch bei der Standortwahl keine große Rolle. Das ist das Ergebnis einer Studie des Grantham Forschungsinstituts, des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) Berlin und des Instituts für nachhaltige Entwicklung (IDDRI).

Bei 92 Prozent der deutschen Unternehmen belaufen sich die Energiekosten auf durchschnittlich 1,6 Prozent des Umsatzes. Lediglich acht Prozent der Unternehmen geben mehr als sechs Prozent ihres Umsatzes für Energie aus. Die AutorInnen der Untersuchung empfehlen, energieintensive Unternehmen weiterhin gesondert zu behandeln, etwa durch Steuerbegünstigungen oder Erleichterungen beim Emissionshandel, bemängeln den Vorschlag der EU-Kommission zu den Klimazielen nach 2020 jedoch als zu zögerlich.

Im Sinne des Allgemeinwohls dürfe sich die Energiepolitik nicht zu sehr auf den Energiepreis fokussieren. Das World Economic Forum bestätigte, dass die Wettbewerbsfähigkeit der EU vor allem durch Innovationen gesichert werde, nicht durch niedrige Energiepreise. Die EU sei daher auch schlecht beraten, ein Wettbieten um niedrige Preise mit den USA einzugehen. Stattdessen sollte die EU vermehrt in Energieeffizienzstrategien und energetische Infrastruktur investieren. [vv]

► www.climatestrategies.org

► www.diw.de

► www.iddri.org

Emissionshandel**Industrierausschuss erfolglos**

■ Ende Januar hat der EU-Industrierausschuss Einspruch gegen das sogenannte Backloading, also die geplante Verknappung von Emissionszertifikaten im EU-Emissionshandel erhoben.

Doch das EU-Parlament gab den Bedenken des meinungsgebenden Ausschusses nicht statt und beschloss die zeitweise Herausnahme von Emissionszertifikaten aus dem Markt. Daraufhin legte der Preis für Zertifikate um 6,2 Prozent zu.

Anfang Januar hatten die EU-Mitgliedstaaten dem Kommissionsvorschlag zur Änderung der Verordnung über das Auktionsverfahren im Emissionshandel bereits zugestimmt. Nun sollen bis 2016 insgesamt 900 Millionen Emissionszertifikate vom Markt genommen werden, um so dem Preisverfall entgegenzuwirken. [lr]

► www.ec.europa.eu/clima/policies/ets/reform

Erneuerbare Energien**Solar aus China jetzt ohne Strafzölle**

■ Der Handelsstreit zwischen China und der EU scheint beigelegt: Die EU-Kommission erhebt keine weiteren Strafzölle gegen chinesische Solarglas-Hersteller. Ende Januar teilte die Kommission mit, dass europäische Solarfirmen durch bestehende Anti-Dumping-Zölle ausreichend geschützt seien. Bislang galt ein vorläufiger Strafzoll von 17,1 bis 42,1 Prozent auf chinesische Solarpaneele, da die EU China unlautere Staatssubventionen vorgeworfen hatte. Unterdessen ist die Zahl der Arbeitsplätze in der deutschen Solarproduktion stark gesunken. Statt der Anfang 2012 rund 10.000 Beschäftigten gab es im November 2013 nur noch 4.800 Jobs. Vor allem der Preiskampf mit chinesischen Wettbewerbern dezimiert die Solarbranche in Deutschland. [vv, rm]

► www.ec.europa.eu/commission_2010-2014/degucht

Fukushima**Krebserkrankungen häufen sich**

■ Rund 70 ehemalige Besatzungsmitglieder der US Navy haben Tepco auf Schadenersatz verklagt, weil insgesamt 52 Soldaten an Krebs erkrankt sind. Der Flugzeugträger „USS Ronald Reagan“ leistete beim Reaktorunglück Fukushima im März 2011 Erste Hilfe vor der Küste Japans. Die Besatzung wirft Tepco vor, sie nicht ausreichend über die Risiken des Hilfseinsatzes informiert zu haben. [sl]

► www.fukushimaupdate.com

EEG-Reform I**Energiewende gedeckelt**

■ Im Januar hat die Bundesregierung ein Eckpunktepapier von Wirtschafts- und Energieminister Sigmar Gabriel zur Reform des Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) verabschiedet. Während einer zweitägigen Klausur in Meseberg bei Berlin beriet das Kabinett über die Pläne.

Demnach will die Bundesregierung die Vergütung für Erneuerbare von derzeit durchschnittlich 19 Cent pro Kilowattstunde auf zwölf Cent im Jahr 2015 senken. Außerdem will sie künftig jährliche Ausbauziele für die einzelnen Sektoren festlegen. Wenn bei der Windkraft an Land schon 2500 Megawatt Zubau erreicht wurde, sind weitere Windräder demnach nicht mehr förderfähig. Umweltorganisationen kritisierten die Deckelung als ökonomisch unsinnig: „Ausgerechnet die kostengünstigste erneuerbare Energie, die Windstromerzeugung an Land, soll ausgebremst werden. Sinnvoll wäre es, wenn Gabriel endlich die energieintensiven Unternehmen an der Mitfinanzierung der Energiewende beteiligen würde“, sagte der BUND-Experte Thorben Becker.

Wie stark die Ausnahmen für die energieintensive Industrie von der EEG-Umlage reduziert werden, ist noch offen. Eine Reduzierung dieser Ausnahmen fordert auch die EU-Kommission mit Blick auf das

europäische Wettbewerbsrecht (umwelt aktuell 2.2014, S. 13). Wirtschaftsverbände übten dennoch Kritik an Gabriels Vorschlägen, weil Unternehmen künftig auch auf Strom, den sie zum Eigenverbrauch produzieren, die EEG-Umlage zahlen sollen. Der Präsident des Deutschen Industrie- und Handelskammertages (DIHK) Eric Schweitzer bezeichnete das Vorhaben als „Vertrauensbruch“.

Gegenwind bekam Gabriel auch aus den Bundesländern und von der Opposition. Während sich norddeutsche Minister der Kritik an der Deckelung bei der Windkraft anschlossen, will Bayern die Biomasse weiter gefördert sehen. Gabriel zeigte sich kompromissbereit. Er wolle nicht gegen die Länder regieren, sondern strebe einen „Energiewendekonsens“ an. Die Opposition warf Gabriel vor, aus der Energiewende eine „Braunkohlewende“ zu machen. Die geplanten Maßnahmen würden verhindern, die Ausbauziele zu erreichen, sodass der wegfallende Atomstrom dann durch Braunkohle ersetzt würde, so der energiepolitische Sprecher der Grünen Oliver Krischer. Anstatt die Windenergie an Land auszubremsen, solle die Bundesregierung Vorschläge für ein neues Strommarktdesign vorlegen, um das Problem der zu niedrigen Börsenstrompreise anzugehen, die die EEG-Umlage ansteigen lassen. [am]

► Eckpunktepapier:

www.kurzlink.de/eckp-ee-ref0114

► BUND, Energieexperte Thorben Becker, Berlin, Tel. +49 (0)30 / 27586-421, E-Mail: thorben.becker@bund.net, www.bund.net

EEG-Reform II**Bürgerenergie in Gefahr**

■ Das neue Bündnis Bürgerenergie (BBEn) hat Anfang Februar Energieminister Sigmar Gabriel vorgeworfen, dass das Eckpunktepapier zur Reform des EEG Bürgerenergieanlagen ausbremst. Fast die Hälfte der in Deutschland stehenden Windräder, Solaranlagen und Biomassekraftwerke wurden von Privatpersonen finanziert. „Die Bürger sind Marktführer

Nachhaltigkeit

A-Z



W wie Wertschätzung

Mehr als die Hälfte der Menschheit wohnt heute schon in Städten. Unser Leben konzentriert sich stark auf »unseren« Stadtteil. Doch Politik und Verwaltung haben sich von dort weitgehend zurückgezogen – eine Ursache für Entpolitisierung und Wutbürgertum. Dieses Plädoyer für ein Comeback von Stadtteilen hilft Bürgern, Politik, Wirtschaft und Wissenschaft Stadtteile und Städte zukunftsfähig zu gestalten – und sie international miteinander zu vergleichen.

H. C. M. Tiddens
Wurzeln für die lebende Stadt
 Wie wir die Eigenverantwortung von Stadtteilen stärken können und warum diese mehr Wertschätzung verdienen

232 Seiten, broschiert, 29,95 Euro,
 ISBN 978-3-86581-468-5

Erhältlich bei
www.oekom.de
oekom@verlegerdienst.de


 Die guten Seiten der Zukunft

der Energiewende“, meint daher Ursula Sladek von den genossenschaftlichen Elektrizitätswerken Schönau. Jedoch finde man im Eckpunktepapier von Gabriel kein Wort zur Bürgerenergie, kritisierte Hermann Falk vom Bundesverband Erneuerbare Energien. Stattdessen gibt es viele Hürden für BürgerInnen, beispielsweise müssten alle größeren Anlagen ihren Strom direkt vermarkten. [vv, rm]

► www.buendnis-buergerenergie.de

EEG-Reform III

Wie die Umlage sinken könnte

■ Der Strompreis für VerbraucherInnen könnte sinken, wenn die Regierung die Industrieprivilegien zurückfährt. Das ist das Ergebnis einer Studie des Freiburger Öko-Instituts, im Auftrag des Thinktanks Agora Energiewende. Bisher gelten die Ausnahmen für 168 Wirtschaftszweige. Bei einer europarechtskonformen Gewährung von Industrierabatten könnte diese Zahl drastisch sinken. Dann würden noch 15 Wirtschaftszweige mit besonders energieintensiven Unternehmen, die im internationalen Wettbewerb stehen, berücksichtigt. In der Folge könnte die EEG-Umlage von 6,2 auf 5 Cent pro Kilowattstunde sinken. Bereits im letzten Jahr sind die Umlagekosten für EEG-Strom etwas gefallen. Gegenüber 2012 zahlten die Verbraucher 600 Millionen Euro weniger. [vv, rm]

► www.oeko.de/oekodoc/1856/2014-003-de.pdf

Energieverbrauch in der EU

Acht Prozent weniger als vor acht Jahren

■ Laut dem Statistischen Amt der Europäischen Union Eurostat ist der Energieverbrauch in der EU in den Jahren 2006 bis 2012 um acht Prozent gefallen. Von 2011 auf 2012 betrug die Reduzierung der verbrauchten Energie ein Prozent.

Trotz allem wird das EU-Ziel von 20 Prozent Energieeinsparung bis 2020 nach den Prognosen der Coalition of Energy Savings ohne zusätzliche Maßnahmen verfehlt. Im Juni steht deshalb die Revision der EU-Energieeffizienzrichtlinie an, bei der die EU-Kommission Gegenmaßnahmen oder ein verbindliches Ziel für Energieeffizienz einleiten könnte.

Die Hälfte der Energie im Jahr 2012 wurde durch erneuerbare Energien und durch Atomkraft erzeugt. Die Primärenergieproduktion betrug 794 Millionen Tonnen Rohöleinheiten (tRÖE). Der größte Anteil davon entfiel auf Atomkraft (29 Prozent), gefolgt von erneuerbaren Energien (22 Prozent), festen Brennstoffen (21 Prozent), Gas (17 Prozent) und Öl (10 Prozent). [UWD, sl]

► www.umweltdachverband.at

Atomkraft

Konzerne sollen Endlager-suche selbst finanzieren

■ Bundesumweltministerin Barbara Hendricks (SPD) will die Kosten für die Suche nach einem Endlager für Atommüll nicht den Steuerzahlerinnen und Steuerzahlern aufbürden. Sie kündigte Mitte Januar an: „Auch beim Atommüll gilt das Verursacherprinzip. Die Konzerne sähen es gerne, wenn die Endlagersuche aus Steuergeldern finanziert würde. Das lehne ich ab.“ Die AKW-Betreiber hätten für die Atommüllentsorgung milliardenschwere Rückstellungen bilden und so große Summen Steuern sparen können. Die Kosten für die Endlagerung belaufen sich auf rund zwei Milliarden Euro.

Eine Kommission aus ParlamentarierInnen und VertreterInnen der Länder und verschiedener Interessengruppen soll bis Ende des Jahres Regionen für die atomare Endlagersuche auswählen und Standards festlegen. Umweltverbände wollen bislang nicht an der Kommission teilnehmen. „Es hat keine dringend notwendige breite gesellschaftliche Debatte gegeben“, begründe-

te Helmut Röscheisen, Generalsekretär des Deutschen Naturschutzringes (DNR), die Haltung der Umweltverbände. Außerdem bleibe der Standort Gorleben zu Unrecht in der Debatte und auch die Finanzierung der Suche durch die Atomkonzerne sei nicht hinreichend sichergestellt. [vv, rm]

► DNR, Generalsekretär Helmut Röscheisen, Berlin, Tel. +49 (0)30 / 6781775-99, E-Mail: helmut.roescheisen@dnr.de, www.dnr.de

Fracking

Nur unverbindliche Minimalstandards

■ Die Europäische Kommission hat Ende Januar ihre Vorschläge zum Umgang mit dem sogenannten Fracking, also der Förderung von Schiefergas, veröffentlicht. Von einer Regulierung sind die Pläne jedoch weit entfernt, es handelt sich lediglich um Empfehlungen an die Mitgliedstaaten. So regt die Kommission an, Umweltauswirkungen und -risiken zu prüfen, die Öffentlichkeit über eingesetzte Chemikalien zu informieren und die Qualität von Luft, Gewässern und Boden vor Beginn der Bohrungen zu kontrollieren, um mögliche Veränderungen feststellen zu können.

Umweltverbände kritisierten die Empfehlungen der Kommission. „Die unzureichenden und unverbindlichen Empfehlungen bedeuten, dass Fracking weiterhin nicht reguliert bleibt. Leidtragend wird die lokale Ebene sein“, sagte Fracking-Experte Antoine Simon von Friends of the Earth Europe (FoEE). Der Umweltdachverband warnte, dass die schwachen Empfehlungen zu einer weiteren Verschärfung des lokalen Widerstands gegen die umstrittene Fördermethode führen würden. Die Naturfreunde Internationale forderten ein EU-weites Fracking-Verbot. [am]

► Kommissionsempfehlungen:
www.ec.europa.eu/environment/integration/energy/pdf/recommendation/de.pdf
 ► www.foeeurope.org

Bürgerenergie – vom Marktführer zur Bagatelle?

Die Energiewende ist in Bürgerhand – noch. Denn die EEG-Reformpläne der Bundesregierung begünstigen Energieriesen. Damit setzt die Regierung die Akzeptanz des Großprojekts aufs Spiel, meint Fabian Zuber vom Bündnis Bürgerenergie.

Im Januar hat Bundesenergieminister Sigmar Gabriel ein Eckpunktepapier zur Reform des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) vorgelegt. Bürgerenergie taucht darin aber nur am Rande auf: Bagatellgrenzen und Ausnahmeregelungen sollen eine Bürgerbeteiligung auch in Zukunft ermöglichen, heißt es in dem Reformvorschlag. Schlimmer noch: Die Große Koalition droht die Bürgerenergie auszubremsen, indem sie den Marktzugang für Kleininvestoren spürbar erschwert.

Dabei ist die Bürgerenergie bislang die Marktführerin der Energiewende. Fast jede zweite Kilowattstunde Ökostrom in Deutschland kommt aus Anlagen, die Bürgerinnen und Bürgern gehören. Über 34 Gigawatt der bis Ende 2012 installierten Leistung aus erneuerbaren Energien sind Bürgerenergie. Das spiegelt sich auch in der Zahl der Bürgerenergiegenossenschaften wider: Schon jetzt gibt es in Deutschland fast 900 und jeden dritten Tag kommt eine neue hinzu. Der Wunsch, selbst und vor Ort Verantwortung für eine saubere und nachhaltige Energieversorgung zu übernehmen, ist ungebrochen.

Und das ist sinnvoll. Denn erneuerbare Energien sind überall in Deutschland verfügbar. Daraus ergibt sich ein unschlagbarer Vorteil: Erneuerbare Energien können verbrauchsnahe und bedarfsgerecht erzeugt werden. Die regionale Vermarktung regenerativer Energien entspricht daher ihrer Natur und ist die logischste Form ihrer Nutzung. Gleichzeitig eröffnet dies Möglichkeiten der kommunalen Selbstversorgung und lokalen Wertschöpfung – und es bringt ErzeugerInnen und VerbraucherInnen zusammen. Etwa wenn StromverbraucherInnen ihren Strom aus regenerativen Energiequellen selbst produzieren – egal ob einzeln oder gemeinschaftlich, zum Beispiel als Mietergemeinschaft oder Genossenschaft. Im Gegensatz zum anonymen „Strom aus der Steckdose“ schafft das ein Bewusstsein für den nachhaltigen Energieverbrauch. Die Bundesregierung muss deshalb ein Marktdesign entwickeln, das der dezentralen Natur der Erneuerbaren entspricht.

Der Beschluss des Bundeskabinetts über Eckpunkte einer EEG-Novellierung stellt die Dinge allerdings auf den Kopf: Er bremst die dezentrale Erzeugung und regionale Nutzung von erneuerbaren Energien, anstatt diese zu fördern. Die Novelle würde die Marktteilnahme von Kleininvestoren stark behindern und erschweren. Das vorgeschlagene Marktprämienmodell bevorzugt beispielsweise systematisch die großen und finanzstarken Anbieter. Zudem treibt es die Kosten der Energiewende in die Höhe und verteuert die Finanzierung neuer Anlagen merklich. Auch der Eigenverbrauch soll gedrosselt werden. Darüber hinaus will die Regierung in Zukunft beim Ausbau der erneuerbaren Energien auf Ausschreibungen setzen. Für die Millionen von Bürgerinnen und Bürgern, die in die Energiewende investieren wollen, steigen damit die Investitionsrisiken. Die Vielfalt der Marktakteure ist akut gefährdet.

Wenn die Bundesregierung die dezentrale Energiewende abwürgt, handelt sie gegen die Interessen von Millionen Bürgerinnen und Bürgern. Sie verkennt aber auch grundsätzlich den hohen gesellschaftlichen Mehrwert der Bürgerenergie: Ohne direkte Bürgerbeteiligung fehlt der Energiewende sowohl die Akzeptanz als auch die nötige Dynamik. Die Bagatellisierung der Bürgerenergie führt damit unweigerlich zur Drosselung und Abwertung der Energiewende.

Fabian Zuber leitet die Geschäftsstelle des Bündnisses Bürgerenergie, das Ende Januar neu gegründet wurde. Das Bündnis versteht sich als Kompetenzzentrum, das die gemeinsamen Interessen der Bürgerenergie bündelt und vertritt.

Kontakt:
 Tel. +49 (0)30 / 814 526 4444,
 E-Mail: fabian.zuber@buenndnis-buergerenergie.de,
www.buenndnis-buergerenergie.de

Nachhaltigkeit

A-Z



S wie Schlüsselthema

Der tägliche Griff in den Kühlschrank, der regelmäßige Einkauf im Supermarkt oder das gemeinsame Essen im Restaurant – die Art der Ernährung hat deutliche Effekte auf die Umwelt und unser langfristiges Wohlbefinden. Ernährung ist daher ein Schlüsselthema nachhaltiger Entwicklung. Auf der Grundlage aktueller und repräsentativer Daten werden die ökologischen Auswirkungen der Ernährung in Deutschland anschaulich präsentiert.

T. Meier
Umweltschutz mit Messer und Gabel
 Der ökologische Rucksack der Ernährung in Deutschland

240 Seiten, broschiert, 24,95 Euro,
 ISBN 978-3-86581-462-3

Erhältlich bei
 www.oekom.de
 oekom@verlegerdienst.de


 Die guten Seiten der Zukunft

KONSUM & VERBRAUCHERSCHUTZ

Lebensmittelkennzeichnung

Gemüsefrikadelle mit Huhn?

■ Der Vegetarierbund Deutschland (VEBU) und der Verbraucherzentrale Bundesverband (vzbv) fordern europaweit eine einheitliche Kennzeichnung vegetarischer und veganer Lebensmittel. Sie unterstützen damit einen Antrag im Europaparlament, der die EU-Kommission auffordert, eine allgemeingültige rechtliche Vorgabe für die Kennzeichnung von fleischlosen Produkten vorzulegen, welche die freiwillige Kennzeichnung ersetzen soll. Umfragen zufolge ist eine neue Kennzeichnungspflicht notwendig, da sich die Bezeichnungen der Hersteller oft nicht mit den Vorstellungen der Verbraucher decken. Laut Institut für Demoskopie Allensbach leben in Deutschland rund sieben Millionen Vegetarier. [vh]

► www.kurzlink.de/VeBu

Herkunftskennzeichnung

Mehr Sicherheit beim Fleischeinkauf

■ Ab April 2015 soll Fleisch in der EU besser gekennzeichnet werden. Das hat das EU-Parlament Anfang Februar beschlossen. Verbraucherinnen und Verbraucher sollen demnach genaue Angaben über den Mast- und Schlachtort erhalten. Bisher war eine solche Kennzeichnung nur für Rindfleisch Pflicht. Eine genauere Etikettierung soll die Rückverfolgbarkeit des Fleisches einfacher machen und damit weitere Lebensmittelkandale verhindern.

Der Parlamentsbeschluss bezieht sich aber nur auf unverarbeitetes Fleisch und schließt damit Produkte wie zum Beispiel Hackfleisch oder Fertiggerichte aus. Grund dafür ist, dass eine präzisere Kennzeichnung bei weiterverarbeiteten Produkten zu einer Preiserhöhung von etwa 50 Prozent

führen könnte. Im ursprünglichen Resolutionsentwurf forderte der Berichterstatter Glenis Willmott (Sozialisten & Demokraten), dass auch das Herkunftsland markiert werden sollte. Das hätte es Kunden ermöglicht, beim Einkauf auch ethische und ökologische Bedingungen, wie zum Beispiel den Transportweg zu berücksichtigen. [lh]

- www.kurzlink.de/euparl-fleischkennz
- www.kurzlink.de/fragantw-lebmitt

LANDWIRTSCHAFT & GENTECHNIK

EU-Agrarreform

Bleibt die nationale Umsetzung auf der Strecke?

■ Umwelt- und Agrarverbände haben im Februar vor einem Rückschritt in der deutschen Agrarpolitik gewarnt. Der vorgelegte Gesetzentwurf von Bundeslandwirtschaftsminister Hans-Peter Friedrich zur Umsetzung der EU-Agrarreform widerspreche wichtigen Zusagen des Bundes und des bayerischen Ministerpräsidenten Horst Seehofer zur Finanzierung insbesondere von Umwelt- und Tierschutzleistungen in der Landwirtschaft.

Im Gesetzentwurf des Bundesagrarministers zur Umsetzung der EU-Agrarreform in Deutschland fehlten 200 Millionen Euro jährlich für den Umwelt und Tierschutz, sagte Lutz Ribbe, naturschutzpolitischer Direktor der EuroNatur Stiftung. Die Minister von Bund und Ländern sowie der bayerische Ministerpräsident Horst Seehofer hätten diese Summe zugesagt, um Kürzungen von EU-Geldern in diesem Bereich abzumildern. Es sei inakzeptabel, dass Minister Friedrich diese Mittel jetzt einstreichen wolle, monierte Ribbe.

Die Verbände appellierten an Minister Friedrich, für Leistungen im Umwelt- und Tierschutz von Bauern mindestens doppelt so viel von den allgemeinen Direktzahlungen der EU umzuschichten, wie in seinem Gesetzentwurf zur Umsetzung der

EU-Agrarreform bisher vorgesehen ist. Der Gesetzentwurf sehe bisher nur eine Umschichtung von 4,5 Prozent vor, sagte Maria Heubuch, Bundesvorsitzende der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL) und Milchbäuerin im Allgäu. Eine Verdoppelung dieses Satzes würde den zugesagten 200 Millionen Euro entsprechen. Brüssel ermögliche sogar 15 Prozent Umschichtung. Der Spielraum der EU-Agrarreform müsse in den nächsten Jahren ausgeschöpft werden, so Heubuch weiter.

Außerdem forderten die Verbände, auch die Definition der „ökologischen Vorrangflächen“ zu ändern, die Landwirte ab 2015 bereitstellen müssen. So hätten beispielsweise Pestizide und Mineraldünger auf diesen Flächen nichts zu suchen. [mbu]

► www.euronatur.org

Saatgutrecht

Saatgutreform vor dem Aus?

■ Der Agrarausschuss des Europäischen Parlaments hat sich gestern mit deutlicher Mehrheit gegen die geplante Reform der EU-Saatgutverordnung ausgesprochen. Die Abgeordneten rechnen damit, dass auch das Parlamentsplenum gegen den Verordnungsentwurf der EU-Kommission stimmen wird.

Die Mitglieder des Ausschusses fordern die EU-Kommission auf, ihren Reformvorschlag zu annullieren und grundlegend zu überarbeiten. Sie kritisierten vor allem, dass die Mitgliedstaaten nach der geplanten Novelle keinen Spielraum bei der Umsetzung der europäischen Saatgutgesetze mehr hätten. Bisher ist das Saatgutrecht durch Richtlinien geregelt, die national unterschiedlich umgesetzt werden können. Nach dem Willen der Kommission dürfte sie selbst beispielsweise seltene Sorten ohne Mitsprache des EU-Parlaments regulieren.

Die Kampagne „Freiheit für die Vielfalt“ lobte die fast einstimmige Ablehnung, forderte aber gleichzeitig ein klares Bekenntnis zur Vielfalt. Im März ist die Saatgutreform Thema im Plenum des EU-Parlaments. Wenn die Abgeordneten dem

Votum des Ausschusses folgen, wäre dies aus Sicht der Saatgutwächter ein wichtiger Etappensieg gegen die schleichende Reduzierung der Saatgutvielfalt in Europa. Sie sehen die Abstimmung auch als Erfolg einer breiten Bürgerbewegung von mehr als 700.000 Menschen. [mbu]

- Abstimmung des Agrarausschusses: www.kurzlink.de/eu-agri-saatgut02.14
- Kampagne „Freiheit für die Vielfalt“: www.saveourseeds.org/vielfalt

EU-Saatgutmarkt

In den Händen nur weniger Konzerne

■ Der Handel mit Saatgut in der Europäischen Union ist in hohem Maß auf wenige Firmen konzentriert. Einer Studie im Auftrag der Grünen/EFA zufolge teilen sich in manchen Sparten lediglich eine Handvoll Unternehmen die Marktmacht auf.

So entfallen beim Mais rund drei Viertel des Marktanteils auf nur fünf Saatgutfirmen. Das trifft auch auf den Gemüse-saatgutsektor zu, der elf Prozent des EU-Saatgutmarktes ausmacht. Etwa 95 Prozent des EU-Marktes verteilen sich auf nur fünf Unternehmen. Die Folgen dieser Marktkonzentrationen seien verheerend und bedeuteten einen Verlust an Biodiversität, sagte der Europaabgeordnete und agrarpolitische Sprecher der Grünen Martin Häusling. Nach Schätzungen der Lebensmittel- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen (FAO) ist die Vielfalt der Kulturpflanzen allein im 20. Jahrhundert um 75 Prozent zurückgegangen. Wenn sich dieser Trend fortsetzt, würde bis 2050 etwa ein Drittel der heutigen Vielfalt verschwinden.

Dieses Jahr will die EU eine neue Saatgutverordnung verabschieden. Dagegen protestieren seit Langem Initiativen wie „Save our Seeds“ oder die Saatgutkampagne. Mitte Januar haben alle Fraktionen des Europäischen Parlaments Anträge eingebracht, den Vorschlag der EU-Kommission abzulehnen (siehe voriger Artikel). [mbu]

- Die Studie im Auftrag der Grünen/EFA: www.greens-efa-service.eu/concentration_of_market_power_in_EU_see_market
- Informationen der Saatgutkampagne: www.saatgutkampagne.org/PDF/140119_Information_EU-Saatgutgesetzgebung.pdf

Patentrecht

Mit scharfem Pfeffer gegen Paprikapatent

■ Agrar-, Erzeuger-, Umwelt- und Entwicklungsverbände aus 26 Ländern haben im Februar beim Europäischen Patentamt (EPA) in München Einspruch gegen ein Patent auf Paprika der Firma Syngenta eingereicht. Das Patent sichert dem Schweizer Unternehmen die Rechte auf Paprika, die gegen weiße Fliegen resistent ist.

Das Patent gilt in vielen europäischen Ländern und hat zur Folge, dass andere Züchter diese Pflanzen nicht mehr frei zur eigenen Zucht verwenden dürfen. Da diese spezifische Resistenz aus einer wilden Paprikasorte, die auf Jamaika wächst, in eine kommerzielle Paprika eingekreuzt wurde, handelt es sich aus Sicht der Organisationen, die Einspruch erheben, nicht um eine Erfindung von Syngenta. Der Konzern habe die Insektenresistenz lediglich von einer natürlichen Pflanze kopiert.

Bei der Übergabe des Einspruchs in München überreichten die Patentgegner neben ihren scharfen Argumenten auch eine gepfefferte Paprikasuppe. „Nie zuvor hat eine so breit gefächerte Koalition mit einem Einspruch gegen die Privatisierung natürlicher Ressourcen protestiert. Patente auf Pflanzen, die auf konventioneller Züchtung beruhen, sind nicht nur ethisch fragwürdig, sie verstärken auch die Konzentration im Saatgutmarkt, behindern Innovationen und sind somit ein Risiko für unsere Ernährungssicherheit“, sagte Christoph Then von „Keine Patente auf Saatgut!“.

Im Mai 2012 hatte das EU-Parlament eine Resolution verabschiedet, in der das EPA aufgefordert wird, Produkte aus konventioneller Züchtung nicht mehr zu

patentieren. Bis jetzt ignorierte das Patentamt diesen Appell. Die Kritiker der Patentvergabe fordern, dass Pflanzen und Tiere künftig generell von Patentierungen ausgeschlossen werden müssen. Der Widerruf des Paprikapatents wäre aus ihrer Sicht dazu ein wichtiger Schritt. [mbu]

- ▶ Erklärung von Bern zum Paprikapatent: www.evb.ch/freepfepper
- ▶ www.no-patents-on-seeds.org

Ökolandbau

Bionachfrage hinkt Angebot hinterher

■ In Deutschland sollen mehr Bioprodukte angebaut werden. Das fordert neben Erzeugerverbänden wie dem Bund Ökologische Lebensmittelwirtschaft (BÖLW) nun auch der Deutsche Bauernverband (DBV). Heinrich Graf von Bassewitz, der Ökobeauftragte des DBV, sieht vor allem in der Forschung nach neuen Produktionsmethoden ein großes Potenzial. Durch die Entwicklung von neuem Saatgut oder neuen Maschinen müssten weniger Pflanzenschutzmittel eingesetzt werden. Außerdem würden die neuen Methoden dazu beitragen, dass Biobauern mehr Gewinn erwirtschaften. Aber auch die Verbraucherinnen und Verbraucher würden von solchen Produktionsmethoden profitieren. Denn Bioware würde dadurch wesentlich billiger werden.

Zurzeit werden nur etwa fünf Prozent der landwirtschaftlichen Flächen in Deutschland ökologisch bewirtschaftet. 2012 lag laut BÖLW der Umsatz für Biolebensmittel in Deutschland bei gut 7,5 Milliarden Euro. Damit hat das Land den größten Markt für Bionahrung in Europa. Der Marktanteil von Bioprodukten stieg von 3,7 auf 3,9 Prozent. Allerdings hätten die Landwirte die Anbaufläche für ökologische Erzeugung nur um ein Prozent erhöht. Deshalb importiert Deutschland 45 Prozent seines Biogemüses. Diese Waren sind aber vor allem wegen der langen Transportwege wenig nachhaltig. [lh, mbu]

- ▶ www.boelw.de
- ▶ www.bauernverband.de
- ▶ Bundesagrarministerium zum Ökolandbau: www.kurzlink.de/bmel-oekolandbau2014

Genpflanzenzulassung

Künftig mehr Genmais auf Europas Feldern

■ Wahrscheinlich wird bald die genmanipulierte Maissorte 1507 des US-Konzerns Pioneer in der Europäischen Union angebaut. Im Rat für Allgemeine Angelegenheiten gab es im Februar keine ausreichende Mehrheit für ein Zulassungsverbot der Genpflanze. Die Entscheidung liegt nun bei der EU-Kommission, die sich für die Zulassung ausgesprochen hat.

Der zuständige Gesundheitskommissar Tonio Borg sagte, die Kommission werde den Vorschlag nun nach ihren „eigenen internen Verfahren“ annehmen. Der Genmais 1507 produziert ein Gift, das Schädlinge wie den Maiszünsler vernichtet. Zudem ist der Mais resistent gegen bestimmte Pflanzenschutzmittel.

Im Rat betonten Vertreter einiger Mitgliedstaaten, dass die Mehrheit der Bürger keine Gentechnik auf dem Acker will. Erneut wurde das Zulassungsverfahren für genmodifizierte Pflanzen kritisiert. Die für eine qualifizierte Mehrheit nötigen 260 Neinstimmen kamen aber nicht zustande. Deutschland enthielt sich, weil es innerhalb der Bundesregierung keine einheitliche Meinung zur Grünen Gentechnik gibt. Bundeslandwirtschaftsminister Hans-Peter Friedrich sowie Bundesumweltministerin Barbara Hendricks lehnen sie ab. Bundeswissenschaftsministerin Johanna Wanka hingegen ist dafür.

In Brüssel stimmten nur Spanien, Großbritannien, Schweden, Finnland und Estland für die Zulassung des Mais 1507. Vier Länder enthielten sich, nämlich Deutschland (29 Stimmen), Portugal, Tschechien und Belgien (je 12 Stimmen). Die übrigen 19 sagten Nein. Das bedeutete eine Mehrheit von 210 Neinstimmen gegenüber 77 Jastimmen – für eine gültige

Entscheidung sind jedoch 260 der insgesamt 352 Stimmen nötig.

Wenn er in das Sortenregister eingetragen ist, darf der Genmais auf europäischen Äckern angebaut werden, voraussichtlich ab 2015. Über die Möglichkeit nationaler Anbauverbote wollen die Mitgliedstaaten in den kommenden Wochen wieder intensiv debattieren. Zwei Drittel der europäischen Verbraucherinnen und Verbraucher sind laut Umfragen gegen genmanipulierte Lebensmittel. Gegner der Agrogentechnik kritisierten, dass die Risiken für Mensch und Natur nicht ausreichend untersucht würden. [mbu]

- ▶ Ergebnisse des Rats: www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/EN/genaff/140991.pdf
- ▶ Dossier Mais 1507: www.keine-gentechnik.de/bibliothek/zulassungen/dossier-1507-mais.html

NATURSCHUTZ & BIODIVERSITÄT

Wilderei

Härtere Strafen gefordert

■ Im Januar haben Mitglieder des Europäischen Parlaments eine Resolution für ein härteres Vorgehen gegen organisierte Wilderei verabschiedet. Demnach sollen das Töten von Nashörnern und Elefanten strenger bestraft, illegal beschafftes Horn und Elfenbein zerstört und PolizistInnen und StrafverfolgerInnen besser ausgebildet werden.

Delikte im Zusammenhang mit freilebenden Tieren und Pflanzen bilden mit einem jährlichen Absatz von mindestens 19 Milliarden Dollar nach dem Drogenhandel, Banknotenfälschung und Menschenhandel den weltweit viertgrößten Straftatbestand. Die EU ist dabei Absatzmarkt und Transitroute für den illegalen Handel mit Horn, Elfenbein und vom Aussterben bedrohter Pflanzen. In der Resolution fordern die Europaparlamentarier zudem, dass EU-Mitgliedstaaten Moratorien für

Im- und Exporte von Horn und Elfenbein verhängen, bis Elefanten und Nashörner nicht mehr von Wilderei bedroht sind. Außerdem sollen Strafen gegen HändlerInnen erhöht und EU-weit vereinheitlicht werden. Um die Umsetzung zu erleichtern, soll die Ausbildung der Vollzugsbeamten verbessert und ein spezielles Training für die Strafverfolgung von Wildereidelikten eingeführt werden. Gegenüber der EU-Kommission forderten die ParlamentarierInnen, das Thema in Gesprächen mit internationalen Partnern zu priorisieren.

Daraufhin hat die Europäische Kommission von Februar bis zum 10. April eine Konsultation eingerichtet, um festzustellen, wie die EU den illegalen Artenhandel besser bekämpfen kann. [ej]

- ▶ Mitteilung des Parlaments: www.kurzlink.de/pmepwc
- ▶ Konsultation: www.kurzlink.de/consihen

Umweltschutzförderung

LIFE muss verbessert werden

■ In dem im Januar veröffentlichten Sonderbericht „War der Teilbereich Umwelt des LIFE-Programms wirksam?“ fordert der Europäische Rechnungshof (EuRH) die EU-Kommission auf, die Wirksamkeit

des LIFE-Programmes durch eine verbesserte Verbreitung und Wiederholung erfolgreicher Umweltprojekte zu erhöhen. Das LIFE-Programm fördert finanziell Natur-, Umwelt- und Klimaschutzprojekte innerhalb der EU. LIFE wird direkt von der Kommission verwaltet.

Die Wirksamkeit des LIFE-Programmes sei laut EuRH stark davon abhängig, ob finanzierte Projekte als Katalysatoren für Veränderungen im Umweltbereich dienen. Die Prüfung ergab, dass es nicht genug wegweisende Projekte gibt, um bedeutende Entwicklungen in der EU-Umweltpolitik anzustoßen. Denn bisher existiere kein Mechanismus, um die vorhandenen Ressourcen angemessen auf ausgewählte Ziele auszurichten. Die EU-PrüferInnen wiesen auch auf die mangelnde Begründung der Projektauswahl durch die EU-Kommission hin. Zudem würde an erfolgreiche Projekte im LIFE-Programm nicht ausreichend angeknüpft.

Für die aktuelle Förderperiode von 2014 bis 2020 verfügt das LIFE-Programm über ein Budget von 3,1 Milliarden Euro.

[Quelle: UWD, ej]

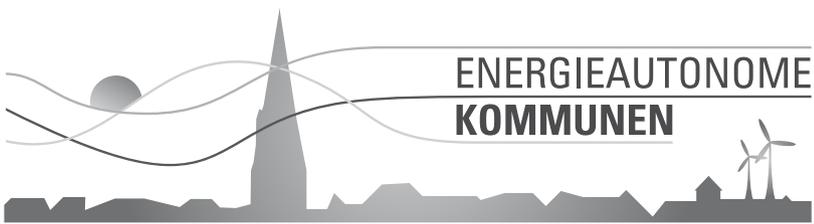
- ▶ UWD: www.kurzlink.de/uwdlife2201
- ▶ EU-Rechnungshof Pressemitteilung: www.kurzlink.de/pmehurhlife
- ▶ EU-Rechnungshof Sonderbericht: www.kurzlink.de/eurhsondber

Mavrovo Nationalpark

Widerstand gegen Staudamm

■ Über 100 WissenschaftlerInnen setzen sich für die Rettung des Mavrovo Nationalparks in Mazedonien ein. Dort sollen mit Fördergeldern der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (EBRD) und der Weltbank ein Staudammprojekt umgesetzt und zwei Wasserkraftwerke errichtet werden. Im Januar haben eine Vielzahl von WissenschaftlerInnen und PolitikerInnen einen offenen Brief an die Präsidenten der Weltbank und der EBRD geschickt. Unter den UnterzeichnerInnen sind neben Ernst von Weizsäcker und Michael Succow zahlreiche Fachleute der Weltnaturschutzunion IUCN. Mit der Aktion unterstützen die UnterzeichnerInnen die Kampagne „Rettet das blaue Herz Europas“ der Naturschutzorganisationen EuroNatur und Riverwatch, die sich für den Erhalt der Flusslandschaften auf dem Balkan einsetzen.

„Nationalparke haben den Zweck, große Ökosysteme vor menschlichen Eingriffen zu schützen. Deshalb sind große Staudämme oder andere zerstörerische Projekte hier vollkommen auszuschließen“, heißt es in dem Brief. Doch es geht auch allgemein um den Schutzstatus Nationalpark. „Diese Projekte sind ein Angriff auf die für Europa bedeutendste Naturschutz-



**ENERGIEAUTONOME
KOMMUNEN**

4. KONGRESS
2.-4. April 2014
Konzerthaus Freiburg

**Impulse und Informationen
für die kommunale Energiewende**

www.energieautonome-kommunen.de

Veranstalter



agentur für erneuerbare energien



Die Zukunft ist erneuerbar.

Schirmherrschaft



Baden-Württemberg
MINISTERIUM FÜR UMWELT, KLIMA UND ENERGIEWIRTSCHAFT

kategorie, ein Angriff auf die Marke Nationalpark. Auch deshalb müssen wir diese Projekte verhindern“, so Gabriel Schwadener, Geschäftsführer von EuroNatur.

Im Mavrovo Nationalpark sind neben Wölfen, Bären und Ottern mehr als 1.000 Pflanzenarten heimisch. Für den Balkanluchs, von dem weltweit nur noch etwa 50 Exemplare existieren, konnte bisher allein für die Population im Mavrovo Nationalpark eine Reproduktion nachgewiesen werden. Das Staudammprojekt bedroht somit existenziell den Bestand der seltenen Wildkatze. [ej]

- Offener Brief: www.kurzlink.de/briefmavr
- Euronatur: www.kurzlink.de/eunatrdbhmv
- Hintergründe zum Nationalpark: www.kurzlink.de/eunatbgmav

Invasive Arten

Verhandlungen liegen auf Eis

■ Der tschechische Europaabgeordnete Pavel Poc hat die Gespräche zwischen dem EU-Parlament, der europäischen Kommission und den EU-Mitgliedstaaten über eine Regelung zum Umgang mit invasiven Arten nach dem ersten Trilog vorläufig eingestellt. Dies berichtete der europäische Umweltinformationsdienst

ENDS Europe am 14. Februar. Poc leitete die Triloggespräche.

Als Grund gab Poc laut ENDS unüberbrückbare Differenzen zwischen den VertreterInnen der Mitgliedstaaten an. Ein Kompromiss könne vor den anstehenden Europawahlen demnach nicht mehr erreicht werden. Ursprünglich hatte die griechische Ratspräsidentschaft eine Einigung für Anfang März angestrebt.

Zuvor hatte der Umweltausschuss des Europäischen Parlaments vorgeschlagen, Ausnahmeregelungen für Mitgliedstaaten bei der Züchtung invasiver Tier- und Pflanzenarten zuzulassen. Demnach sollten sich Mitgliedstaaten unter anderem dann von der Regelung befreien können, wenn deren Umsetzung wirtschaftliche Nachteile mit sich brächte. Damit wäre die kommerzielle Zucht gefährlicher Tier- und Pflanzenarten in der EU weiterhin prinzipiell erlaubt geblieben. Außerdem hatte der Umweltausschuss eine Liste mit 50 als gefährlich identifizierter Arten gekippt, deren Ausbreitung laut einem Vorschlag der EU-Kommission vorrangig geregelt werden sollte. Stattdessen sollte ein wissenschaftliches Gremium die Kommission bei der Identifizierung von Gefahren beraten.

Der Vorschlag des Umweltausschusses stand in der Kritik, da die Ausbreitung invasiver Tier- und Pflanzenarten dann nicht hätte kontrolliert werden können.

„Die Entscheidung öffnet einer unendlichen Zahl von Ausnahmeregelungen Tür und Tor und unterläuft die Anstrengungen in anderen Bereichen. Damit ist jede Möglichkeit zur effektiven Eindämmung invasiver Arten vertan“, sagte Martina Mlinaric vom Europäischen Umweltbüro (EEB).

Invasive Tier- und Pflanzenarten verursachen EU-weit Schäden von etwa zwölf Milliarden Euro im Jahr und sind maßgeblich für den Verlust der Biodiversität in Europa verantwortlich. Da nun die Verhandlungen zwischen Parlament, Rat und Kommission vorerst gescheitert sind, ist eine baldige Einigung unwahrscheinlich. Die Verhandlungen werden voraussichtlich erst nach den Europawahlen wiederaufgenommen. [ej]

- www.endseurope.com (14.2.)
- EEB: www.kurzlink.de/eebiasprus

Artenvielfalt

Pflanzenatlas zeigt Vielfalt im Wandel

■ Erstmals gibt es eine umfassende Datenbank über die in Deutschland beheimateten Pflanzenarten. Der „Verbreitungsatlas der Farn- und Blütenpflanzen Deutsch-

LUST AUF NATUR & Wildnis?

Jetzt Probeabo zum Jubiläums- preis sichern:

5,40 Euro statt 9,- Euro
(inkl. Versand) unter:
abo@oekom.de

LESEPROBEN für alle, die gleich

mehr über Wildnis,
Nationalparks und
Großschutzgebiete
lesen möchten:

www.oekom.de/nationalpark

oekom
verlag

HERAUSGEBER: Verein der
Nationalpark-Freunde e.V.

[www.facebook.de/
nationalparkzeitschrift](http://www.facebook.de/nationalparkzeitschrift)

Nationalpark

Wo Mensch und Wildnis sich begegnen



40 JAHRE
Nationalpark

lands“, den das Bundesamt für Naturschutz (BfN) Ende Januar vorgestellt hat, zeigt, welche Pflanzenarten wo in Deutschland vorkommen. Er dokumentiert die Verbreitung der etwa 3.900 einheimischen wild wachsenden Farn- und Blütenpflanzen sowie von eingewanderten Arten und auswildern den Gartenpflanzen. Damit sind umfassende Auswertungen über den Zustand der Natur in Deutschland und deren menschengemachten Veränderungen möglich.

So wird beispielsweise deutlich, dass das Flammen-Adonisröschen durch die Intensivierung der Landwirtschaft vielerorts verschwunden ist. Das dänische Löfelfkraut hingegen breitet sich durch Streusalzeinsatz kontinuierlich aus.

Beate Jessel, Präsidentin des BfN sagte: „So schlagen sich die negativen Folgen der langjährigen Stickstoffemissionen einer intensiven Landwirtschaft in weiten Teilen Nordwestdeutschlands in einer veränderten, an hohe Nährstoffkonzentrationen angepassten Pflanzenwelt nieder.“ Jessel betonte die Rolle der kontinuierlichen Erfassung der Pflanzenwelt für die Umsetzung der nationalen Strategie zur Biologischen Vielfalt. Dort wird unter anderem der Erhalt der natürlichen und standortspezifischen Vielfalt in der sich wandelnden Landschaft als wichtiges Ziel formuliert. Der Atlas umfasst 30 Millionen Datensätze und 3.000 Verbreitungskarten für ganz Deutschland. [e]

- ▶ BfN-Atlas: www.kurzlink.de/bfnatlas
- ▶ Nationale Biodiversitätstrategie: www.kurzlink.de/nsbv

Darauf wies die Europäische Koalition zur Beendigung von Tierversuchen (ECEAE) in einem aktuellen Bericht hin. Von insgesamt 26 Ländern haben nur 13 auf die Frage geantwortet, welchen Beitrag sie zur Entwicklung und Förderung von tierversuchsfreien Methoden und solchen, die die Anzahl oder das Leid der Tiere verringern, leisten. Von diesen 13 Ländern wiederum investierten nur Belgien, Deutschland, Dänemark, Finnland, Schweden und Großbritannien Geld in diesen Forschungsbe- reich. Die Summe von insgesamt 18,7 Millionen Euro macht maximal bis zu 0,036 Prozent des gesamten Wissenschaftsetats in den sieben Staaten aus. Deutschland trägt zwar mit rund fünf Millionen Euro zur Förderung bei.

Doch dies ist lediglich ein Bruchteil von den Milliardenbeträgen, die jährlich von staatlicher Seite in die Tierversuchsforschung hierzulande investiert werden, wie der Deutsche Tierschutzbund bereits seit Jahren kritisiert. Der Präsident des Verbandes Thomas Schröder monierte, dass immer wieder Alternativen zu Tierversuchen nicht weiterentwickelt werden könnten, da das Geld fehle. Ohne die entsprechenden Mittel könne die EU-Tierschutzrichtlinie in den Mitgliedstaaten aber nicht durchgesetzt werden. Schröder fordert Deutschland und die EU auf, das Budget für eine moderne tierversuchsfreie Forschung zu erhöhen. [rm]

- ▶ www.tierschutzbund.de
- ▶ Bericht ECEAE: www.altex.ch/resources/epub_Taylor_140124.pdf

Tierwohlcheckliste

Für Transparenz und Vertrauen

■ Die drei ökologischen Erzeugerverbände Bioland, Demeter und Naturland haben ein gemeinsames Kontrollverfahren zum Tierwohl für ihre Bauernhöfe entwickelt. Ab sofort soll die Tierwohlcheckliste bei den jährlichen Hofinspektionen eingesetzt werden. Im Februar 2013 hatten die Verbände eigens dafür die Arbeitsgemeinschaft Tierwohl gegründet, um gemeinsa-

me Kriterien für die verschiedenen Tierarten zu entwickeln. Mit der Liste sollen allerdings nicht nur die Mindeststallfläche oder der Auslauf der Tiere überprüft werden, sondern auch die Kompetenz und das Engagement der Landwirte.

So untersuchen die Kontrolleure nun auch auf den Mitgliedshöfen Ernährungs-, Pflege- und Gesundheitszustand der Tiere sowie den Zustand von Stall und Futter. Mit der Checkliste wollen die Verbände einen einheitlichen Standard für die Beschreibung und Kontrolle von Tierwohl schaffen. Die Tierhaltung auf den Höfen soll transparenter und nachvollziehbarer und das Verbrauchervertrauen gestärkt werden. [rm]

- ▶ www.kurzlink.de/tierwohl-check-dbn

Veterinärkongress

Auch Nutztiere brauchen Schutz

■ Auf dem Ethik-Symposium des Leipziger Tierärztekongresses Ende Januar haben Tierärzte gefordert, sich von der „agrarindustriellen Landwirtschaft“ zu distanzieren. Der frühere Leiter des Instituts für Tierschutz der Freien Universität Berlin Jörg Luy hinterfragte beispielsweise, ob es sich rechtfertigen lasse, Nutz- und Heimtiere mit zweierlei Maß zu messen. Er erklärte, dass schon große Teile der Bevölkerung den Tierärzten eine Mitschuld an der Entwicklung der industriellen Landwirtschaft geben würden.

Schon 2012 gab es ähnliche Forderungen. In einem Positionspapier haben sich über 100 Tierärzte dazu verpflichtet, die industrialisierte Landwirtschaft auf „allen Ebenen zu kritisieren, um damit glaubwürdig zu einem Systemwechsel beitragen zu können“. Die Bundestierärztekammer will allerdings bis 2015 einen Ethik-Kodex verabschieden, auf den sich die Tierärzte bei Entscheidungen berufen können. [rm]

- ▶ www.tieraerztekongress.de
- ▶ www.bundestieraerztekammer.de

TIERSCHUTZ & ETHIK

Tierversuche

Leiden Tiere für Innovation?

■ Obwohl alle EU-Mitgliedstaaten durch die EU-Tierversuchsrichtlinie dazu verpflichtet sind, tierversuchsfreie Forschung zu fördern, hält sich kaum ein Staat daran.

UMWELTPOLITIK & UMWELTRECHT

Europawahl 2014 I**Wer geht ins Rennen?**

■ Vom 22. bis zum 25. Mai sind alle Bürgerinnen und Bürger in der EU aufgerufen, ein neues Europaparlament zu wählen. Bei den Parteien laufen die Wahlvorbereitungen auf Hochtouren.

Der Parteivorstand der CDU nominierte Anfang Februar auf einer Klausurtagung den früheren niedersächsischen Ministerpräsident David McAllister als Spitzenkandidat der Bundesliste. Am 5. April wird das CDU-Europawahlprogramm auf einem Parteitag beschlossen. Wer die konservativen Volksparteien (EVP) als europäischer Spitzenkandidat anführt und damit auch Anwärter auf das Amt des Kommissionspräsidenten wird, will die EVP am 6. März auf einem Kongress in Dublin entscheiden. Der frühere luxemburgische Ministerpräsident und langjährige Chef der Euro-Gruppe Jean-Claude Juncker gilt als chancenreicher Kandidat und hätte dann gute Aussichten auf die Nachfolge des derzeitigen Kommissionspräsidenten José Manuel Barroso.

Ende Januar hat die SPD auf ihrem Parteitag in Berlin Martin Schulz zu ihrem Spitzenkandidaten für die Europawahl gekürt und über die Bundesliste abgestimmt. Martin Schulz wird auch europäischer Spitzenkandidat der Sozialdemokraten. Falls die europäischen Sozialdemokraten bei der Europawahl die stärkste Fraktion werden, soll Schulz Kommissionspräsident werden.

Die europäischen Grünen EFA haben ihr Spitzenduo für die Europawahl in einer Onlineabstimmung gewählt. EU-weit stimmten Parteimitglieder sowie interessierte Bürgerinnen und Bürger für die brandenburgische Europaabgeordnete Ska Keller und den Franzosen José Bové. Die deutschen Grünen haben auf einer Delegiertenkonferenz Anfang Februar über die Bundesliste und ihr Wahlprogramm entschieden. Rebecca Harms und Sven Giegold bilden das Spitzenduo der Bundesliste.

Die europäischen Liberalen ALDE ziehen mit dem früheren belgischen Regierungschef Guy Verhofstadt und dem Kommissar für Wirtschaft und Währung Olli Rehn als Spitzenkandidaten in die Europawahlen. Die FDP wählte bereits Mitte Januar den Europaabgeordneten Alexander Graf Lambsdorff auf den ersten Platz der Bundeswahlliste. Der Parteitag verabschiedete auch das Europawahlprogramm der FDP.

Der griechische Linkspolitiker Alexis Tsipras führt die europäischen Linksparteien als Spitzenkandidat in die Europawahl. Die deutsche Linkspartei hat am 15. und 16. Februar auf einem Parteitag ihre Bundesliste aufgestellt und das Wahlprogramm verabschiedet. Zur Spitzenkandidatin wählten die Delegierten die Vorsitzende der Linksfraktion im EU-Parlament und frühere PDS-Chefin Gabi Zimmer.

Ende Januar hat auch die Alternative für Deutschland (AfD) ihre ersten sechs Listenplätze für die Europawahl bestimmt. Spitzenkandidat der Euroskeptiker ist der Parteivorsitzende Bernd Lucke. Prominente Unterstützung bekommt er vom früheren BDI-Präsidenten Hans-Olaf Henkel, der auf Listenplatz zwei gewählt wurde. [dh, bv]

- ▶ Parteiprogramme und Kandidatenlisten: www.kurzlink.de/ep14programme-listen
- ▶ www.eu-koordination.de/PDF/steckbrief-europawahl

Europawahl 2014 II**Forderungen der Green 10**

■ Im Januar haben die Green 10, ein Zusammenschluss der zehn größten Umweldachverbände in Brüssel, zehn umweltrelevante Forderungen an das zukünftige Europaparlament veröffentlicht. Dazu gehört die Verlagerung der Steuerpflicht von Arbeit auf den Verbrauch von Ressourcen, die Abschaffung von umweltschädlichen Subventionen und eine nachhaltige Wirtschaftsstrategie sowie ein Dreiklang aus ambitionierten und verpflichtenden Zielen für erneuerbare Energien, Energieeffizienz

und die Reduktion von Treibhausgasen bis 2030. Das neue EU-Parlament solle dem Verlust der Biodiversität Einhalt gebieten und sich für umfassende Regeln zur Verringerung des Ressourcenverbrauchs sowie zu Produktion und Abfall einsetzen. Darüber hinaus sollten die neuen EuropaparlamentarierInnen sich dafür starkmachen, den Einsatz von Pestiziden und schädlichen Chemikalien sowie die Luftqualität in Einklang mit den aktuellen Gesundheitsempfehlungen zu bringen. Weiteres Thema ist, die Abholzung und Schädigung der europäischen Wälder zu reduzieren.

Alle neuen Handelsabkommen, die Umweltstandards und soziale Standards beeinträchtigen, müsse das EU-Parlament ablehnen. Diese Forderung gilt insbesondere im Hinblick auf Abkommen zwischen der EU und den USA (TTIP) beziehungsweise Kanada (CETA). Zudem fordern die Green 10, den Schutz der Umwelt ins Zentrum der nachhaltigen Entwicklungshilfe bei der weltweiten Armutsbekämpfung zu stellen. [bv]

▶ www.green10.org

Europawahl 2014 III**Natura 2000 vollenden und Agrarreform überprüfen**

■ Der NABU hat im Februar seine Forderungen an das nächste EU-Parlament veröffentlicht. Bei der Biologischen Vielfalt und den Ökosystemen müssten die künftigen Abgeordneten dafür sorgen, dass die EU ihre Biodiversitätsstrategie zügig und vollständig umsetzt, um die Ziele bis zum Jahr 2020 zu erreichen. Darüber hinaus müssen die Naturschutzrichtlinien der EU vollständig umgesetzt werden, damit deren Herzstück, das Schutzgebietsnetz Natura 2000, seine Aufgabe erfüllen kann. Verbindliche Managementpläne für alle Natura-2000-Gebiete und deren Finanzierung und bessere Kontrollen seien dafür notwendig. Das gilt auch für das Netz von marinen Natura-2000-Gebieten. ▶

„Wir sollten beim Bodenschutz einen Schlusstrich ziehen und einen Neuanfang wagen“

Die Herausforderungen im erweiterten Ressort des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit sind groß. Das Plusenergiehaus, die Standortsuche für ein Atommüllendlager gehören ebenso dazu wie etwa der Bodenschutz. Beim Klimaschutz müsse Deutschland eine konstruktive Führungsrolle übernehmen, sagt Ministerin Barbara Hendricks.

umwelt aktuell: Frau Ministerin, nach der neuen Ressortverteilung ist das Bundesumweltministerium nicht mehr für Energie, aber weiterhin für Klimaschutz und Reaktorsicherheit zuständig. Was sind in diesen Teilgebieten ihre wichtigsten Ziele in dieser Legislaturperiode?

Beim Klimaschutz besteht sowohl in Deutschland als auch auf europäischer Ebene dringender Handlungsbedarf. Unser nächstes Etappenziel ist es, die Minderung des Ausstoßes von Treibhausgasen in Deutschland bis 2020 um 40 Prozent gegenüber 1990 zu schaffen. Mit den bisherigen Maßnahmen werden wir – je nach wirtschaftlicher Entwicklung – zwischen 33 und 35 Prozent schaffen. Um diese Lücke zu schließen, brauchen wir ein ressortübergreifendes Programm für den Klimaschutz. Und natürlich ist 2014 für Europa ein ganz wichtiges Jahr. Wir brauchen ein anspruchsvolles Klimaziel für die EU für 2030, verbunden mit rechtsverbindlichen Zielen auch für die erneuerbaren Energien und Energieeffizienz. Das vertrete ich ja schon seit Wochen auch in Brüssel vehement. Hier setze ich mich zudem für eine Reform des Emissionshandels ein, die diesen Namen auch verdient. Europa kann nur dann in den internationalen Verhandlungen zum Klimaschutz erfolgreich sein, wenn es glaubwürdig und konsequent seine langfristigen Klimaziele verfolgt. Auch die Reaktorsicherheit bleibt eine wichtige Aufgabe. 2022 wird das letzte Atomkraftwerk in Deutschland abgeschaltet. Die Sicherheit der Kernkraftwerke ist bis zum letzten Betriebstag zu gewährleisten. Im Bereich der Entsorgung steht für mich das Ziel im Vordergrund, die Lösung der Endlagerfrage in dieser Generation voranzubringen.

Was sind die nächsten Schritte bei der Suche nach einem Endlager für Atommüll?

Der erste Schritt wird die Bildung einer Kommission durch den Bundestag sein, die aus Vertretern der Wissenschaft, der Zivilgesellschaft, der Bundestagsfraktionen und der Landesregierungen besteht. Die soll bis spätestens Mitte 2016 Empfehlungen für die Entscheidungsgrundlagen des Standortauswahlverfahrens erarbeiten. Das eigentliche Auswahlverfahren wird nach Abschluss der Kommissionsarbeit eingeleitet werden.

Das Umweltministerium ist um den Bereich Bau erweitert worden. Wo wollen Sie hier Schwerpunkte setzen?

Ein Schwerpunkt wird sein, Bau- und Umweltpolitik stärker miteinander zu verzahnen. Auch wenn viele Energiethemen nun im Wirtschaftsministerium gebündelt sind, so bleibt doch die Umsetzung der Energiewende, auch im Gebäudesektor, ein wichtiges bau- und umweltpolitisches Thema. Der Bund ist zum Beispiel der größte öffentliche Bauherr in Deutschland und zugleich Vorbild in Fragen des energieeffizienten, ressourcensparenden und zukunftsfähigen Bauens. Wir haben uns verpflichtet, bis zu 30 Prozent besser als die gesetzlichen Vorgaben zur Energieeffizienz zu sein. Für den Gebäudebestand des Bundes wird derzeit ein energetischer Sanierungsfahrplan erarbeitet. Aber es muss uns auch gelingen, durch Innovation am Bau neue Effizienzstandards wie das Plusenergiehaus marktfähig zu machen. So können wir Beiträge für einen wirksamen Klimaschutz leisten.

Der Bundesrat hat sich Ende 2013 dafür ausgesprochen, dass Verhandlungen über die EU-Bodenrahmenrichtlinie wiederaufgenommen werden. Werden Sie diesen Vorstoß unterstützen?

Natürlich muss der Boden geschützt werden, um die Versorgung mit Lebensmitteln zu sichern, um das Grundwasser sauber zu halten, um Hochwasserschutz zu leisten oder um wertvolle Biotop zu schützen. Der Vorstoß des Bundesrates ist dafür ein wichtiges Signal, kommt aber zu spät. Die EU-Kommission wird den Entwurf der Bodenrahmenrichtlinie wahrscheinlich nicht weiterverfolgen. Das ist nachvollziehbar. Denn die Fronten sind mittlerweile völlig verhärtet. Wir sollten einen Schlusstrich ziehen und einen Neuanfang wagen. Für mich bleibt das Thema Bodenschutz auf der Agenda, auch in Europa. Wir werden gemeinsam Vorschläge entwickeln, wie dem Bodenschutz in ganz Europa ein verbindlicher Rechtsrahmen gegeben werden kann. Dabei können wir offensichtlich auf die Unterstützung des Bundesrates setzen und das freut mich sehr.

Bei der Umsetzung von Klimaschutzziele war Deutschland einst Vorreiter innerhalb der EU. Wie wollen Sie hieran wieder anknüpfen?

Ich setze mich für ein möglichst ehrgeiziges Klima- und Energiepaket der EU für 2030 ein. Als einer der wirtschaftlich stärksten Mitgliedstaaten der EU haben wir die Möglichkeit, in vielen Bereichen neue Wege zu gehen, neue Techniken zu entwickeln und Lösungen für eine kohlenstoffarme Zukunft zu finden. Europa kann die wirtschaftlichen Chancen des Klimaschutzes nur dann voll erschließen, wenn es konsequent den Weg der ökologischen Modernisierung geht. Deutschland muss hierbei eine konstruktive und konsequente Führungsrolle übernehmen. Dazu werde ich meinen Beitrag leisten.

EU-weit und global bedeutend ist auch die Ressourcenpolitik. Welche ressourcenpolitischen Akzente haben in ihrer Amtszeit Vorrang?

Natürliche Ressourcen, vor allem Rohstoffe, sind die Grundlage für unsere Industrie und unseren Wohlstand. Genau deswegen müssen wir schonend damit umgehen und sie so effektiv wie möglich einsetzen. National haben wir das Ziel, die Rohstoffproduktivität bis 2020 gegenüber 1994 zu verdoppeln. In der EU engagiere ich mich als deutsche Umweltministerin in der Europäischen Ressourceneffizienzplattform (EREP) – einer Gruppe, die gemeinsam Empfehlungen entwickelt, wie die Ressourceneffizienz in ganz Europa gesteigert werden kann. Dabei ist für viele europäische Staaten Deutschland mit seinem Ressourceneffizienzprogramm, seiner großen praktischen Erfahrung, etwa in der Kreislaufwirtschaft oder in der Beratung von Unternehmen, und mit seiner im Vergleich schon recht ressourceneffizienten Industrie ein wichtiges Vorbild. Das ist für mich Ansporn und Verantwortung zugleich.

[Interview: Marion Busch, Valentina Voß]

Die SPD-Politikerin Barbara Hendricks ist Bundesumweltministerin. Davor war sie Schatzmeisterin der Bundes-SPD. Seit 1994 ist sie Bundestagsabgeordnete.



Kontakt:
Tel. +49 (0)30 /
18305-2010, E-Mail:
presse@bmub.bund.de

Zudem müssten die Mitgliedstaaten ihre Mehrjahrespläne für die EU-Fischereipolitik mit wissenschaftlichen Fangquoten und einem Rückwurfverbot sowie den Seevogel-Aktionsplan umsetzen.

Die Überprüfung der Gemeinsamen Agrarpolitik im Jahr 2017 müsse für Nachbesserungen im Sinn des Prinzips „öffentliches Geld für öffentliche Güter“ und für eine Erhöhung des Anteils ökologischer Vorrangflächen auf mindestens sieben Prozent der landwirtschaftlichen Betriebsfläche sorgen.

Beim Klimaschutz fordert der NABU die Abgeordneten auf, sich für ein ehrgeiziges globales Klimaschutzabkommen auf dem UN-Gipfel 2015 in Paris einzusetzen. Sie sollten das Ziel unterstützen, die Treibhausgasemissionen der EU bis 2030 um mindestens 55 Prozent gegenüber 1990 zu reduzieren. Gleichzeitig müsse die EU ein ehrgeiziges EU-Ziel für erneuerbare Energien von 45 Prozent und ein rechtlich verbindliches EU-Ziel zur Steigerung der Energieeffizienz um ebenfalls 45 Prozent bis zum Jahr 2030 verabschieden.

Die Neuausrichtung der EU-Verkehrspolitik muss aus Sicht des Verbands beinhalten, die Emission von Luftschadstoffen und kurzlebigen Klimatreibern wie Ruß, Schwefel- und Stickoxiden zu verringern und den Flächenverbrauch und die Zerschneidung natürlicher Lebensräume einzudämmen. Das im Weißbuch Verkehr der EU-Kommission verankerte CO₂-Reduktionsziel von 60 Prozent bis 2050 im Vergleich zu 1990 sei nur eine Leitlinie.

Darüber hinaus fordert der NABU, die begonnene Politik für ein ressourcenschonendes Europa fortzuführen und den Leitindikator für Ressourcennutzung „Raw Material Consumption“ festzulegen sowie analog zur Klimapolitik ein verbindliches EU-Ziel für die Jahre 2020 und 2050 zu beschließen, in dem die absolute Senkung des Indikators festgelegt wird. Zudem sei die Ökodesignrichtlinie nicht nur zur Senkung des Energieverbrauchs, sondern auch zur Steigerung der Materialeffizienz anzuwenden. Zusätzlich solle die Gewährleistungsfrist von zwei auf drei Jahre verlängert werden. [bv]

► www.kurzlink.de/nabu-ep-wahl2014

UVP-Richtlinie

Nächster Schritt zur Revision

■ Der Umweltausschuss des Europäischen Parlaments hat Anfang Februar der im Dezember im Trilog erzielten Einigung zur Revision der Richtlinie zur Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) zugestimmt.

Die Grünen sprachen sich gegen eine Einigung in erster Lesung aus, da der Kompromiss keine UVP-Pflicht für Schiefergasförderung und -aufsuchung vorsieht. Das Europäische Umweltbüro (EEB) begrüßte die Revision, auch wenn sie den ursprünglichen Hoffnungen der Umweltverbände nicht gerecht würde. Regina Schneider, EEB-Expertin für die Umsetzung von Umweltrecht, sagte: „In wirtschaftlich schwierigen Zeiten ist es umso wichtiger ein gutes Instrument zu haben, das das Risiko einschränkt, dass Umweltschutz kurzfristigen Wirtschaftsgewinnen zum Opfer fällt.“ Die Revision stärke durch das Schließen diverser Schlupflöcher die bestehende UVP-Richtlinie und der Umweltausschuss habe ein starkes Signal in diese Richtung ausgesandt.

Durch die UVP-Richtlinie werden seit fast 30 Jahren Umweltaspekte in der Planung von Projekten berücksichtigt und betroffene BürgerInnen beteiligt. 2012 hat die EU-Kommission Änderungsvorschläge für Umweltverträglichkeitsprüfungen vorgelegt, um den Verwaltungsaufwand und die Prüfung der potenziellen Auswirkungen größerer Projekte zu erleichtern und Umwelt- und Klimaschutzaspekte stärker zu berücksichtigen. [bv]

► EEB: www.kurzlink.de/pm-eeb-uvp-2014-02

► Grüne: www.greens-efa.eu/de/schiefergasfoerderung-11771

► Trilog: www.eu-koordination.de/umweltnews/news/politik-recht/2434

Transparenz

Aufgeschoben – aufgehoben?

■ Die Vorsitzenden der Fraktionen im EU-Parlament haben eine Plenarabstimmung über die Einführung namentlicher

Abstimmungen in den Ausschüssen verschoben. Während namentliche Abstimmungen – also das öffentlich machen, wie jeder einzelne Abgeordnete zu einem bestimmten Thema votiert hat – in Plenarsitzungen des EU-Parlaments bereits länger möglich sind, gibt es dieses Verfahren bisher nicht für Abstimmungen in den Ausschüssen.

Die liberale Fraktion ALDE beschuldigte die beiden großen Fraktionen EVP und S&D, die Abstimmung verhindern zu wollen. Die beiden Fraktionen hätten „sich verschworen“, um Transparenz zu verhindern. Der ALDE-Vorsitzende Guy Vorhofstadt warf den beiden Fraktionen einen Mangel an Verständnis für demokratische Grundsätze vor.

Der Vorschlag, der die namentliche Abstimmung auf Ausschussebene auf Antrag eines Viertels der Mitglieder möglich machen sollte, hätte im Februar auf der Tagesordnung der Plenarsitzung in Straßburg stehen sollen. [am]

► ALDE: www.kurzlink.de/alde-pr-transp-0214

Anti-Korruption

Auch Deutschland korrupt?

■ Die EU-Kommission hat in ihrem ersten Anti-Korruptionsbericht Anfang Februar die Einführung von Karenzzeiten für ausscheidende Regierungsmitglieder in Deutschland gefordert. Außerdem mahnt sie mehr Transparenz bei der Parteienfinanzierung und die Ratifizierung der UN-Konvention gegen Korruption an. Deutschland schneidet im europäischen Vergleich jedoch relativ gut ab. Doch geht auch in Deutschland mit 59 Prozent der Befragten die Mehrheit davon aus, dass hierzulande Korruption weit verbreitet sei (EU-Durchschnitt: 76 Prozent). Mit einer Unterschriftenaktion will die NGO LobbyControl den Druck auf die Bundesregierung erhöhen, verbindliche Karenzzeiten einzuführen. [bv]

► Unterschriftenaktion und PM LobbyControl: www.kurzlink.de/karenzzeit-lobbycont

VERKEHR

Verkehrsemissionen

Stickoxidgrenzwerte für Pkws

■ Ende Januar hat die EU-Kommission einen Vorschlag zur Novellierung der Abgasgrenzwerte für Pkws und Transporter veröffentlicht. Demnach sollen die Zulassungsprüfung der Fahrzeuge angepasst und Grenzwerte für Stickstoffoxide eingerichtet werden. Neue dieselbetriebene Fahrzeuge stoßen große Mengen an Stickstoffoxiden (NO₂, NO_x) aus. Diese werden laut Kommission bei der aktuellen Zulassungsprüfung jedoch nur unzureichend berücksichtigt. Deshalb sei es nötig, auch Emissionsgrenzwerte für Stickstoffoxid einzurichten. Zudem sieht der Vorschlag vor, die Zulassungsprüfung zu ändern, um den Methanausstoß der Fahrzeuge besser erfassen zu können. Deshalb soll auch die Erfassung des gesamten Kohlenwasserstoffausstoßes – wozu der Methanausstoß gehört – angepasst werden. Bevor die Stickstoffoxidgrenzwerte in rechtsverbindliche Regelungen umgesetzt werden, will die Kommission jedoch noch weitere Folgenabschätzungen durchführen. [ej]

► www.kurzlink.de/noxpkws

Luftfahrt

Ehrgeiziger Emissionshandel?

■ Der Umweltausschuss des Europäischen Parlaments will die Reichweite des Emissionshandelssystems im europäischen Luftverkehr erweitern. Einen entsprechenden Vorschlag veröffentlichte er Ende Januar. Demzufolge sollen alle Flüge im europäischen Luftraum in den Emissionshandel einbezogen werden. Die so erzielten Gewinne sollen für internationale Anpassungsmaßnahmen an den Klimawandel und Forschung für emissionsarme Luftfahrt aufgewendet werden.

Der Vorschlag ist ambitionierter als die bisherigen Ausarbeitungen der EU-Kommission und übertrifft auch die Vorstellungen der Mitgliedstaaten. Diese wollen an der derzeitigen Stop-the-Clock-Regelung festhalten. Demnach sind Flüge, die aus der EU hinaus- oder in diese hineinfliegen, vom Emissionshandel ausgeschlossen.

Unter den Verweigerern einer angemessenen Besteuerung von Luftfahrtemissionen ist auch die Bundesrepublik. Diese antwortete Anfang Februar auf eine kleine Anfrage der Grünen, außereuropäische Airlines vom EU-Emissionshandel befreien zu wollen, um Konflikte mit den USA und China zu vermeiden.

Bis April muss nun eine Einigung erzielt werden, denn dann läuft die Stop-the-

Clock-Regelung aus und der ursprüngliche Rahmen des Luftfahrtemissionshandels würde wieder greifen. Dann würden alle Flüge im europäischen Luftraum in den Emissionshandel einbezogen. Dies würde nicht nur Spannungen zwischen dem EU-Parlament und den Mitgliedstaaten, sondern auch zwischen der EU und Nicht-EU-Staaten auslösen, die dieser Regelung mehrheitlich entgegenstehen. Deshalb will die griechische Ratspräsidentschaft nun zwischen Mitgliedstaaten, Kommission und Parlament vermitteln. [ej]

► Vorschlag des Umweltausschusses:

www.kurzlink.de/enviaires

► Antwort der Bundesregierung:

www.kurzlink.de/brdetsantw

Tourismus

Alternativer Alpenurlaub

■ Der deutsche Alpenverein (DAV) will den naturnahen Tourismus in den Alpen stärken. Dies gab er Anfang Februar in München bekannt. Dort forderte der DAV alle touristischen Akteure in den Alpen auf, gemeinsam die Natur- und Kulturlandschaft Alpen zu erhalten. Der DAV ist mit 326 Hütten der größte gastronomische Anbieter in den Alpen.

Nachhaltigkeit

A-Z

**V wie Vielfalt**

Die Stadt Berlin bietet eine große Vielfalt nachhaltigen Engagements. Unzählige Initiativen setzen sich in modellhaften Projekten für eine zukunftsfähige Stadtentwicklung ein. Von der universitären Initiative für Klimaschutz über eine Anlaufstelle für urbanes Gärtnern bis hin zu Projekten wie der »Klimawerkstatt Spandau« oder einer Radiosendung zu solidarischer Ökonomie. Die hier vorgestellten Projekte machen Lust, selbst loszulegen – und sich von der Hauptstadt inspirieren zu lassen.

Berlin 21 e.V. (Hrsg.)

Vielfältig nachhaltig für Berlin

Auf dem Weg in eine zukunftsfähige Hauptstadt

112 Seiten, broschiert, komplett in Farbe, 5,95 Euro, ISBN 978-3-86581-463-0

Erhältlich bei

www.oekom.de | oekom@verlegerdienst.de

Die guten Seiten der Zukunft



Derzeit ist der Erschließungsdruck auf die Alpen durch den Tourismus so groß wie seit den Siebzigerjahren nicht mehr. Der Bergsportboom bedeutet jedoch Gefährdungen für Naturlandschaften und Ökosysteme. Unter anderem möchte der DAV das Konzept der „Bergsteigerdörfer“ des österreichischen Alpenvereins auf den bayerischen Alpenraum übertragen. „Bergsteigerdorf“ ist ein Label, unter dem sich Gemeinden, die sanften und naturnahen Tourismus fördern, vermarkten können.

Als größtes Problem bezeichnete der DAV die Mobilität der TouristInnen. Um die BergsportlerInnen möglichst emissionsarm in die Berge zu bringen, hat der DAV deshalb 2013 das Projekt „Klimafreundlicher Bergsport“ gestartet. Dieses soll das Bewusstsein für Auswirkungen des Tourismus auf die schützenswerte Natur schärfen und Urlaubsgästen einen selbstverantwortlichen Umgang mit den Alpenlandschaften nahebringen. [ej]

- DAV: www.kurzlink.de/dav06022014
- Klimafreundlicher Bergsport: www.kurzlink.de/klfrbsdav

WASSER & MEERE

Arktis

Shell zieht sich zurück

■ Der Ölkonzern Shell hat angekündigt, diesen Sommer nicht in der Arktis nach Öl bohren zu wollen. Umweltverbände werten dies als Zeichen, dass Shell vollständig Abstand von seinen Arktis-Plänen nimmt. Shell wird die Bohrungen vor Alaska unter anderem wegen massiver Gewinneinbrüche einstellen. Der Konzern hat 2013 im Vergleich zu 2012 einen Verlust von 39 Prozent erwirtschaftet. Jörg Feddern, Ölexperte bei Greenpeace Deutschland betont, dass Ölbohrungen in der Arktis hochriskant seien und einen einzigartigen Lebensraum gefährdeten. Vergangenes Jahr musste Shell wegen einer langen Pannenserie bei den Förderarbeiten in der

Arktis pausieren. Zu dem Zeitpunkt hatte der Konzern schon fünf Milliarden Dollar in das Projekt investiert. [vv]

- www.kurzlink.de/Shell-Arktis

Blauwirtschaft

Energie aus Wellen und Gezeiten

■ Die für maritime Angelegenheiten und Fischerei zuständige EU-Kommissarin Maria Damanaki und Energiekommissar Günther Oettinger haben im Januar einen Aktionsplan vorgestellt, mit dem die Entwicklung erneuerbarer Meeresenergie, beispielsweise aus Wellen und Gezeiten, in Europa gefördert werden soll. Ziel der Initiative sei, die CO₂-Emissionen und die Importabhängigkeit im Energiesektor zu senken. Einen großen Vorteil sehen die zuständigen KommissarInnen in der ständigen Verfügbarkeit von Meeresenergie, die anders als Wind- und Solarenergie keinen Schwankungen unterliege und daher flexibel zugeschaltet werden könne.

Zentraler Bestandteil des Aktionsplans ist die Einrichtung eines Meeresenergieforums (Ocean Energy Forum), „in dem die Beteiligten zusammenfinden werden, um Kapazitäten aufzubauen und die Zusammenarbeit zu fördern. Der Aktionsplan soll dazu beitragen, den sich erst entwickelnden Sektor der blauen Energie zur industriellen Reife zu bringen“. Eine der Arbeitsgruppen innerhalb des Forums soll sich mit Umweltauswirkungen beschäftigen. Dort soll erarbeitet werden, ob auch im Bereich der Meeresenergie Durchführungsleitlinien notwendig sind, um negative Auswirkungen auf die Meeresumwelt zu verhindern.

Die EU-Kommission hat ein englischsprachiges MEMO mit Fragen und Antworten zur „blauen Energie“ und dem Aktionsplan zur weiteren Entwicklung der Gewinnung erneuerbarer Meeresenergie in Europa veröffentlicht. [Quelle EU-Umweltbüro, am]

- www.kurzlink.de/kom-blaue-energ0114

EU-Fischereisubventionen

Einigung in Sicht

■ Umweltverbände fürchten, dass der Ende Januar zwischen Ministerrat und EU-Parlament erreichte Kompromiss zum Meeres- und Fischereifonds die Ziele der reformierten Fischereipolitik (GFP) untergräbt. So soll der Austausch von Schiffsmotoren auch für große Fangboote (Trawler) weiter förderfähig sein. Aus Sicht der Umweltschützer werden damit weiter die Überkapazitäten in der europäischen Fangflotte subventioniert, anstatt diese abzubauen. Das könne das in der Reform der GFP verankerte Ziel, die Überfischung zu beenden, gefährden. Die Entscheidung, Gelder zur besseren Überwachung und Datensammlung über Fischbestände für die Mitgliedstaaten zu erhöhen, wurde hingegen positiv aufgenommen.

Mit dem Fonds werden bis 2020 rund 6,5 Milliarden Euro für den Meeres- und Fischereisektor zur Verfügung gestellt. Der Ministerrat und das EU-Parlament müssen dem Kompromiss noch zustimmen. [am]

- Rat: www.kurzlink.de/cons-fish-sub-280114
- Greenpeace EU, Meeresexpertin Justine Maillot, Brüssel, Tel. +32 (0) 479996922, E-Mail: justine.maillot@greenpeace.org, www.greenpeace.org/eu-unit

Wattenmeer

Anrainer schützen kooperativ

■ Deutschland, die Niederlande und Dänemark haben sich im Februar auf eine gemeinsame Strategie für naturverträglichen Tourismus und ein Leitbild für den Schutz von Zugvögeln auf dem ostatlantischen Vogelzugweg geeinigt. Damit wollen die Länder dem Status des Wattenmeers als Weltnaturerbe gerecht werden und dessen wichtige Schutzfunktion stärken. Die nachhaltige Tourismusstrategie beinhaltet Partnerschaften mit Hotels und Gaststätten, umweltverträglichen Verkehr und grenzüberschreitende Umweltbildung. [am]

- www.waddensea-secretariat.org

Meeresschutz

Offshorewindpark verstößt gegen EU-Naturschutzrecht

■ Der geplante Offshorewindpark „Butendiek“ verstößt laut NABU gegen das Naturschutzrecht. Das zeigte ein Anfang Februar von dem Umweltverband in Auftrag gegebenes Gutachten. Der bereits genehmigte Bau verstoße nicht nur gegen die EU-Vogelschutzrichtlinie. Auch die Fauna-Flora-Habitat-Richtlinie (FFH) sei bei der Baugenehmigung missachtet worden.

„Butendiek“ liegt genau zwischen zwei Naturschutzgebieten und könnte die hier heimischen Schweinswale und das angrenzende Vogelschutzgebiet gefährden. Der Lärm, der bei der Rammung der Fundamente in den Meeresboden entsteht, ist dabei besonders problematisch, so Meeresexperte Kim Detloff. Der könne zum Gehörverlust und damit zum Tod der Schweinswale führen, da diese sich an Schallwellen orientieren. Bedroht sind auch die seltenen Stern- und Prachttäucher, die in dem Naturschutzgebiet rasten und überwintern. [lh]

- ▶ NABU, Meeresexperte Dr. Kim Cornelius Detloff, Berlin, Tel. +49 (0)30/28498416-26, E-Mail: cornelius.detloff@nabu.de, www.nabu.de

Direkte Demokratie

Bürgerwille im Parlament

■ Mitte Februar hat im Brüsseler EU-Parlament die erste Anhörung einer erfolgreichen EU-Bürgerinitiative (EBI) stattgefunden. Die InitiatorInnen der EBI „Wasser ist ein Menschenrecht“ trugen ihre Forderungen EU-Abgeordneten und VertreterInnen der EU-Kommission vor. Sie hatten zuvor innerhalb eines Jahres rund 1,8 Millionen Unterschriften gesammelt und gleichzeitig Mindestunterschriftenzahlen in sieben EU-Ländern überschritten (umwelt aktuell 10.2013, S. 26). Die EBI richtet sich gegen die Privatisierung von Trinkwasserdienstleistungen und fordert die EU auf, das Recht auf Wasser gesetzlich festzuschrei-

ben. Einen wichtigen Erfolg hatten die OrganisatorInnen bereits letztes Jahr feiern können, als die EU-Kommission den Bereich Wasserdienstleistungen in Reaktion auf die steigenden Unterschriftenzahlen aus einem umstrittenen Gesetzesentwurf zu Konzessionsverfahren herausnahm (umwelt aktuell 8.2013, S. 26).

Die EU-Kommission muss sich nun mit den Vorschlägen der EBI auseinandersetzen und ihr weiteres Vorgehen in einer öffentlichen Mitteilung darlegen. Sie ist aber nicht verpflichtet, die Vorschläge zu übernehmen, sondern kann sie ändern oder vollständig ablehnen. KritikerInnen fordern deshalb neben einer europäischen Bürgerinitiative auch den EU-Bürgerentscheid einzuführen. [am]

- ▶ www.right2water.eu
- ▶ DNR-Steckbrief zur EBI: www.eu-koordination.de/PDF/steckbrief-ebi.pdf

Wasserrahmenrichtlinie

Streit um Salzeinleitung

■ Das Kaliunternehmen K+S darf vorerst weiter seine salzhaltigen Abwässer in das Werra-Weser-Flusssystem einleiten. Das entschied Medienberichten zufolge das Verwaltungsgericht Kassel im Januar und wies damit den Eilantrag der klagenden Gemeinden ab. Die Kläger seien nicht direkt von der Salzeinleitung betroffen, begründete das Gericht die Ablehnung der Klage. Das Vertragsverletzungsverfahren beim Europäischen Gericht, das prüft, ob die Einleitung der Salzlauge gegen die EU-Wasserrahmenrichtlinie (WRRL) verstößt, läuft aber weiter. Das Informationsportal Wasser in Not berichtet über das Thema.

Die WRRL sieht vor, dass alle Oberflächengewässer bis 2015 den guten ökologischen Zustand erreicht haben. Aus Sicht der EU-Kommission hat Deutschland nicht die notwendigen Maßnahmen ergriffen, um diesen Zustand für das Werra-Weser-Flusssystem herzustellen. [am]

- ▶ www.wasser-in-not.de/index.php/werra-weser-versalzung

Nachhaltigkeit

A-Z



W wie Wandel

Wir haben uns daran gewöhnt, Geld als etwas anzusehen, das anscheinend für uns »arbeitet« und Zinsen und Renditen »erwirtschaftet«, als habe es ein Eigenleben. Doch unser Geldsystem zwingt die Wirtschaft, immer weiter zu wachsen – mit den bekannten Folgen. Nur ein grundlegender Wandel vom alles beherrschenden zum dienenden Geld kann den Weg zu einer Wirtschaft ohne Wachstumszwang ebnen.

H. Bender, N. Bernholt, K. Simon
Das dienende Geld
 Die Befreiung der Wirtschaft vom Wachstumszwang

152 Seiten, broschiert, 16,95 Euro,
 ISBN 978-3-86581-471-5

Erhältlich bei
www.oekom.de
oekom@verlegerdienst.de

oekom

Die guten Seiten der Zukunft

WIRTSCHAFT & RESSOURCEN

TTIP

EU-Kommission holt sich Rat auch von Umweltexperten

■ Die EU-Kommission hat Ende Januar auf die anhaltende Kritik der Öffentlichkeit an den Verhandlungen über eine Freihandelszone zwischen den USA und der Europäischen Union, TTIP (Transatlantic Trade and Investment Partnership), reagiert und ein Beratungsgremium einberufen. Dem Gremium gehören insgesamt 14 Mitglieder an, darunter auch das Europäische Umweltbüro (EEB) und der Verkehrsverband Transport & Environment (T&E).

Europäische Umwelt-, Entwicklungs- und Verbraucherverbände reagierten verhalten optimistisch auf die Initiative der EU-Kommission. Diese sei zwar grundsätzlich zu begrüßen, allerdings seien die zwei wichtigen Sektoren Landwirtschaft und Lebensmittel nicht mit VertreterInnen aus Verbraucherschutzorganisationen besetzt.

So fehlten RepräsentantInnen der Biolandwirtschaft, der GentechnikkritikerInnen und AktivistInnen, die sich gegen die Saatgutverordnung der EU einsetzen, die in Europa die Saatgutvielfalt bedroht, kritisierten die NGOs. All das sind Themen, die für europäische KonsumentInnen sehr wichtig sind und mit ein Grund, warum es gegen das TTIP-Abkommen so heftige Proteste gibt. Zuvor hatte die EU-Kommission die Verhandlungen über die Klagerechte von Konzernen (ISDS) für drei Monate ausgesetzt und eine Konsultation dazu angekündigt. Mitte Februar warnten EU-Abgeordnete in einer Anhörung davor, das Vorsorgeprinzip der EU bei den Verhandlungen über das TTIP aufzugeben. Im Rechtsausschuss ging es um die Frage, welche Gesetzesänderungen für das Freihandelsabkommen erforderlich wären.

[Quelle: EU-Umweltbüro, lr]

- ▶ www.eu-umweltbuero.at
- ▶ www.kurzlink.de/eu-kom-gremium

Wettbewerbsfähigkeit

Schwerpunkt auf Industrie

■ Die EU-Kommission hat die Mitgliedstaaten dazu aufgerufen, der Förderung der Industrie Vorrang zu gewähren und künftig in alle Politikbereiche einzubeziehen. Die Wettbewerbsfähigkeit der Industrie habe eine zentrale Bedeutung für Wachstum und Beschäftigung, heißt es in der Mitteilung „Für ein Wiedererstarken der europäischen Industrie“. Den Fokus legt die Kommission auf strategische Bereiche der Industrie, die über ein besonders großes Zukunftspotenzial verfügen. Dazu gehört unter anderem die Förderung sauberer und energieeffizienter Verkehrs und intelligenter Netze. Außerdem verspricht die Mitteilung eine Kreditvergabekapazität von 25 Milliarden Euro bei der Europäischen Investitionsbank im energieeffizienten Wohnungsbau.

Antonio Tajani, Vizepräsident der Europäischen Kommission und zuständig für Industrie und Unternehmertum, erklärte dazu: „Bis 2020 soll die Industrie 20 Prozent zum europäischen BIP beitragen. Von diesem Ziel ist Europa noch weit entfernt. Aus diesem Grund muss die Wettbewerbsfähigkeit der Industrie ganz oben auf der Tagesordnung stehen, wenn der Europäische Rat im März 2014 zusammentritt.“ Zuletzt befand sich die Europäische Union in der bisher längsten Rezessionsphase ihrer Geschichte, die erst im letzten Quartal 2013 mit einem BIP-Wachstum von 0,2 Prozent überwunden werden konnte. [lr]

- ▶ www.kurzlink.de/eu-industriestaerken

Unternehmensverantwortung

Gapmode und Gazprom im „Public Eye“

■ Als Gegenveranstaltung zum Weltwirtschaftsforum wurde Ende Januar der Public Eye Award in Davos verliehen. Der Schmähpriis zeichnet Unternehmen für ihre Verantwortungslosigkeit aus. Der

Publikumspreis ging dieses Jahr an das russische Gasunternehmen Gazprom, das 2013 als erstes Unternehmen in der Arktis nach Erdöl bohrte. Der Jurypreis ging an das US-amerikanische Textilunternehmen Gap, das sich bis heute weigert, den rechtlich bindenden „Accord on Fire and Building Safety in Bangladesh“ zum Schutz von Textilarbeiterinnen zu unterzeichnen. [lr]

- ▶ www.kurzlink.de/dnr-sb-ttip
- ▶ www.ttip-unfairhandelbar.de

Rohstoffverwertung

Mit Handypfand Recyclingquoten für Schrott erhöhen

■ Die Vorsitzende des Rates für nachhaltige Entwicklung Marlehn Thieme hat sich für ein Pfand auf Mobiltelefone ausgesprochen. Die Gebühr, die auf den Kaufpreis aufgeschlagen würde, sollte Kunden motivieren, ihre Telefone, die sie nicht mehr benutzen, zurückzugeben.

Ausrangierte Geräte dürften nicht mehr auf dem Müll landen, forderte Thieme. In Schubladen der Verbraucherinnen und Verbraucher lägen Millionen alte Handys, deren Rohstoffe wiederverwertet werden könnten. Das Pfandgeld könnte bei der Abgabe in Sammelstellen erstattet werden. Auch die Deutsche Umwelthilfe unterstützt die Idee eines Handypfands. Ohne ein solches Pfand würden weniger als fünf Prozent der Altgeräte in Recyclinganlagen landen.

Der Nachhaltigkeitsrat setzt sich für eine umfassende Kreislaufwirtschaft ein, die ohne Abfälle auskommt. Das Einsammeln, Trennen und die Verwertung von Abfällen, die eigentlich Rohstoffe sind, müsse verbessert werden, betonte Thieme. Auch die Verbrennung von Reststoffen müsse zurückgehen. Die sogenannte thermische Verwertung von Verpackungen sei eine Verschwendung von Ressourcen. [mbu]

- ▶ Rat für Nachhaltige Entwicklung (RNE), Berlin, Tel. +49 (0)30 / 338424-121, E-Mail: info@nachhaltigkeitsrat.de, www.nachhaltigkeitsrat.de

Keine soziale Gerechtigkeit ohne Umweltschutz

Höher-Schneller-Weiter hat ausgedient – das auf Wachstum basierende Wirtschafts- und Sozialsystem vergrößert die Schere zwischen Profiteuren und Benachteiligten. Die Erkenntnis muss sich durchsetzen, dass Umweltschutz kein Luxus ist, sondern wesentlich zur Gerechtigkeit in der Gesellschaft beiträgt.

■ Der globale Fußabdruck der Menschheit wird immer größer. Der „Welter-schöpfungstag“, der Tag im Jahr, ab dem der Mensch mehr Ressourcen verbraucht, als die Erde für das entsprechende Jahr erzeugt, fiel 2011 auf den 27. September. 2013 war es schon der 20. August. In den verbleibenden Tagen bis zum Jahresende lebt die Menschheit also auf Kosten der natürlichen Ressourcen, des Klimas, der Wildnis und damit auch auf Kosten von zukünftigen Generationen.

Maßlose Waldrodungen, Artensterben, die Verschmutzung der Weltmeere – in vielerlei Hinsicht bestehen zwischen ökologischer Zerstörung und sozialen Gegebenheiten wesentlich engere Bezüge, als auf den ersten Blick erkennbar sind. Die Externalisierung, also die Abwälzung interner Kosten, die bei der Umweltnutzung beziehungsweise -verschmutzung entstehen, geht in den allermeisten Fällen zulasten von Unbeteiligten, die nicht gefragt werden und sich nur selten wehren können. Fast immer folgen die Mechanismen der Ressourcenaneignung den Strömen von Geld und Macht. Die Frage nach Gerechtigkeit wird hier zur Machtfrage.

Das Konzept der ökologischen Gerechtigkeit nimmt sich dieser Zusammenhänge an. Es schließt die Rechte aller Lebewesen sowie den Umgang mit Naturgütern in seine Betrachtung ein. Damit geht es in seiner Breite und Komplexität über die Forderungen des stärker verbreiteten Ansatzes der Umweltgerechtigkeit hinaus, der die soziale und sozialräumliche Ungleichverteilung von Umweltbelastungen untersucht. Beim Konzept der ökologischen Gerechtigkeit hingegen geht es nicht nur darum, die Naturgüter oder die negativen Auswirkungen von deren Zerstörung unter den Menschen „gerechter“ aufzuteilen. Die unbequeme Forderung lautet, jegliche Ab-

wälzung ökologischer und sozialer privater Kosten und deren Verantwortung auf die Allgemeinheit zu unterbinden.

Dabei richtet sich der Blick bewusst in die Zukunft: Auch wenn die heute lebenden Generationen die Bedürfnisse der Menschen, die nach uns folgen, nicht kennen – steht es uns zu, den folgenden Generationen weniger Handlungsspielraum zu hinterlassen, als sie von ihren Vorfahren übernehmen durften? Die veraltete Ansicht, dass zukünftige Generationen unverdient zu Nutznießern unseres permanenten Fortschritts werden, hält einem Abgleich mit der Realität schon lange nicht mehr stand. Dafür haben weltweit die ökologischen und sozialen Ungleichheiten in den vergangenen Jahren neue Dimensionen erreicht. Die Probleme werden immer drängender, die Endlichkeit der Ressourcen immer deutlicher. Die Schwächsten bleiben dabei für gewöhnlich als Erste auf der Strecke.

Soziale und ökologische Schnittmengen

Umweltschutz und umweltpolitische Maßnahmen gelten nach wie vor oft als Luxus und stehen häufig im Verdacht, Kosten in die Höhe zu treiben und ökonomisch Schwächere zu benachteiligen. Die regelmäßigen Repräsentativumfragen von Bundesumweltministerium und Umweltbundesamt zum „Umweltbewusstsein in Deutschland“ zeigen seit 2008, dass solche Befürchtungen in Deutschland in allen soziokulturellen Milieus sehr weit verbreitet sind. Dass Umweltschutz jedoch einen wichtigen Beitrag zur sozialen Gerechtigkeit leistet, ist viel zu selten Thema der Debatte. Studien des Umweltbundesamtes zeigen, dass gerade ärmere Menschen häufig in einer stärker belasteten Umwelt leben, Mehrfachbelastungen ausgesetzt sind und weniger guten Zugang zu positiven Umweltgütern haben, was wiederum

erhebliche soziale sowie gesundheitliche Folgekosten bedingt. Gerade diese Bevölkerungsgruppen könnten somit von einer fortschrittlichen Umweltpolitik profitieren, die sich zum Beispiel für bessere Luft oder weniger Lärm einsetzt.

Akteure vernetzen

Wie die Erfahrung aus dem Projekt „Generationengerechtigkeit als ökologisch-soziale Herausforderung“ des Deutschen Naturschutzrings zeigt, besteht unter zivilgesellschaftlichen Akteuren wie beispielsweise den Sozialverbänden oder den Kirchen großes Interesse und die Bereitschaft, sich konstruktiv an der Gerechtigkeitsdebatte als Schnittmenge zwischen Ökologie und Sozialem zu beteiligen. Diese Partner sind umso wichtiger, wenn es gilt, die sozialen Implikationen von Umweltschutzmaßnahmen nicht aus dem Auge zu verlieren.

Ein weiterer wichtiger Punkt, um nachhaltiges Verhalten zu fördern und die damit verbundenen, beispielsweise gesundheitlichen, Vorteile genießen zu dürfen und zudem nicht von einem gesellschaftlichen Trend ausgeschlossen zu werden, ist die Befähigung der Menschen zu nachhaltigem Handeln. So sehr jedoch Information und Aufklärung gemäß einer aktivierenden Sozialpolitik eine Rolle spielen, so wichtig ist es in diesem Zusammenhang auch den Handlungsspielraum der Individuen zu bedenken.

[Theresa Klostermeyer]

Der Text ist ein Auszug aus einem Artikel, der in voller Länge am 6. März in der Zeitschrift *politische ökologie* (Band 136) zum Thema *ökologische Gerechtigkeit* erscheint.

► DNR, Projekt Generationengerechtigkeit, Theresa Klostermeyer, Tel. +49 (0)30 / 6781775-87, E-Mail: theresa.klostermeyer@dnr.de, www.dnr.de

AUS DEN VERBÄNDEN

Portraitserie

Mitglieder des DNR

■ Die 96 Mitgliedsverbände des DNR sind sehr vielfältig und haben unterschiedliche Schwerpunkte. Um den Leserinnen und Lesern einen Überblick zu verschaffen, werden in dieser Rubrik in alphabetischer Reihenfolge die einzelnen Verbände in Form von Kurzportraits vorgestellt.

Deutscher Verband für Landschaftspflege (DVL)

Der Deutsche Verband für Landschaftspflege (DVL) vertritt seit 1993 als Dachverband die Interessen der Landschaftspflegeverbände auf Bundes- und Europaebene. Er berät die Politik etwa bei der Weiterentwicklung der Gemeinsamen Agrarpolitik, der Gemeinschaftsaufgabe Agrarstruktur und Küstenschutz oder der Biodiversitätsstrategie des Bundes. Auf Länderebene ist er Ansprechpartner für die Gestaltung von Agrarumweltprogrammen. Die Stärke des Verbands und seiner Mitgliedsverbände ist die kooperative Umsetzung verschiedener Maßnahmen im Spannungsfeld zwischen Naturschutz und Landwirtschaft. Hauptarbeitsfelder des DVL sind Natura 2000, die Wasserrahmenrichtlinie, die Kompensation, Energie aus Landschaftspflegematerial oder die Regionale Entwicklung. Der Bundesverband informiert und qualifiziert seine 145 Mitgliedsverbände, fördert ihren Erfahrungsaustausch und stellt deren Ergebnisse zur Verfügung. Auch berät der DVL bei der Gründung neuer Landschaftspflegeverbände. [vv]

- ▶ Deutscher Verband für Landschaftspflege, Dr. Jürgen Metzner, Ansbach, Tel: +49 (0)981 / 4653-3540, E-Mail: info@lvp.de, www.lvp.de

Deutsches Jugendherbergswerk (DJH)

Das Deutsche Jugendherbergswerk möchte seit seiner Gründung im Jahr 1909, dass sich Menschen im Einklang mit der Natur wohlfühlen. Inzwischen hat das DJH mehr als zwei Millionen Mitglieder und 536 Jugendherbergen. 17 Herbergen sind sogar

als Umweltstudienplätze anerkannt. Der Verband bietet darüber hinaus in allen Jugendherbergen pädagogisch fundierte Seminarprogramme sowie interessante Urlaubsreisen an, bei denen Umweltschutz und Umweltbildung jugendfreundlich vermittelt werden. Indem viele Herbergen eng mit Forstämtern, Naturparks und anderen Bildungseinrichtungen zusammenarbeiten, können sie fundiert und ausführlich über ökologische Inhalte informieren und aufklären. Jedes Jahr sammeln so etwa 60.000 junge Menschen hier Naturerfahrungen. [rm]

- ▶ Deutsches Jugendherbergswerk, Bernd Lampe, Detmold, Tel. +49 (0) 52 31/99 36 - 0, Fax -66, E-Mail: hauptverband@jugendherberge.de, www.jugendherberge.de

Die Umwelt-Akademie (DUA)

Die Umwelt-Akademie hat sich zum Ziel gesetzt, die Gesellschaft noch stärker auf die Notwendigkeit von nachhaltiger Entwicklung aufmerksam zu machen und ihr Handeln dementsprechend auf die natürlichen Ressourcen auszurichten. Seit dem Jahr 1990 setzt sich die DUA mit ihren 108 Mitgliedern dafür ein. Im von Menschen verursachten Klimawandel sieht die DUA eines der größten Probleme aller Zeiten.

Dafür weltweit ein Umdenken zu erreichen, gehört daher zu ihren vorrangigen moralischen Herausforderungen. Die Aufgabe der Akademie besteht darin, Wissen zu vermitteln, zu motivieren und zum Handeln anzuregen. So versucht die DUA, unter anderem Finanzanlagen und Umweltschutz besser miteinander in Einklang zu bringen. Seit 25 Jahren gibt sie Impulse, um ökologisches Gleichgewicht, ökonomische Gerechtigkeit und soziale Balance langfristig zu sichern. Dabei bemüht sich die Akademie, einen Interessenausgleich zwischen Investoren, Finanzinstituten und Umweltunternehmen zu finden. [rm]

- ▶ Die Umwelt-Akademie, Dr. Andrea Hübner, München, Tel. +49 (0) 89 / 36 03 86 85, Fax +49 (0) 89 / 30 76 16 63, E-Mail: info@Die-Umwelt-Akademie.de, www.Die-Umwelt-Akademie.de

Integration

Mitfahren in Berlin

■ Mitte Februar haben die NaturFreunde Berlin die Kampagne „Ticketteilen“ gestartet. Dabei werden Besitzer und Besitzerinnen eines Umwelttickets dazu aufgefordert, Kinder und Jugendliche, aber auch Erwachsene mit wenig Geld auf ihrem Fahrschein mitfahren zu lassen. Denn das Umweltticket erlaubt in der Woche ab 20 Uhr sowie an Wochenenden und Feiertagen durchgängig die Mitnahme eines Erwachsenen und von bis zu drei Personen zwischen 6 und 14 Jahren.

Häufig werden Menschen aus ärmeren Verhältnissen vom sozialen Leben ausgeschlossen, weil sie sich kein U-Bahn- oder Bus-Ticket leisten können. Denn eine Hin- und Rückfahrt allein kosten schon über fünf Euro. Vor allem Kinder und Jugendliche haben dadurch häufig nicht die Möglichkeit in einen Sportverein zu gehen oder sich einfach mal am Nachmittag mit Freunden zu treffen.

Das soll durch die neue „Mitfahrgelegenheit“ erleichtert werden. Durch einen gut sichtbaren Button an der Tasche oder an der Kleidung sollen sich Inhaber eines Umwelttickets erkennbar machen und können dann von Interessenten angesprochen werden. Buttons und Infomaterial gibt es in der Bundesgeschäftsstelle der NaturFreunde Deutschland oder online. [lh]

- ▶ NaturFreunde, Bundesgeschäftsstelle, Warschauer Straße 58a/59a, Berlin
- ▶ geschaeftsstelle@naturfreunde-berlin.de
- ▶ www.ticketteilen.org

Deutsches Wanderabzeichen

Aktionsjahr 2014

■ Bewegung tut gut, und zwar am besten das ganze Jahr über. Im Zeichen dieser Idee steht das Aktionsjahr 2014 Deutsches Wanderabzeichen des Deutschen Wanderverbands (DWV). Ob Gesundheitswandern, kurze oder längere Wandertouren, Geocaching oder Nordic Walking – für jeden ist etwas dabei. Und die Wissenschaft

gibt der Gesundheitsinitiative recht. „Studien belegen eindeutig, wie positiv Wandern auf Körper und Geist des Menschen wirkt, wenn es regelmäßig betrieben wird“, sagte der Vizepräsident des DWV Werner Mohr. Wer das Wanderabzeichen erhalten möchte, muss mindestens zehn Wandertouren im Jahr nachweisen. Erwachsene müssen dafür 200 Kilometer zurücklegen, Jugendliche 150 und Kinder 100. [mbu]

► www.deutsches-wanderabzeichen.de

Parlament sowie die Teilhabe der BürgerInnen am demokratischen Leben der EU im Mittelpunkt. Am 10. April findet in diesem Zusammenhang in Bonn ein Seminar mit dem Titel „Europa gemeinsam gestalten. Das neue EU-Programm ‚Europa für Bürgerinnen und Bürger‘ (2014–2020)“ statt. Bis 14. März läuft die Anmeldung. [mbu]

► www.kontaktstelle-efbb.de/ziele-des-programms/vorrangige-themen/jahresschwerpunkte

stück Bank „Obsthain“ den ersten Platz. In der Kategorie Hochschulen gewann die BWL-Studentin Corina Thum aus Rohrdorf für ihre Masterarbeit „Auswirkungen des Risikomanagementkonzepts auf das Nachhaltigkeitsverständnis der Betriebswirtschaft“. Mit der App „RRA“ (Regional Responsibility App) kam Anton Letzer aus Hamburg in der Kategorie Green App Ideas auf Platz eins. Die drei Gewinner erhielten je 1.500 Euro Preisgeld. [rm]

► www.kurzlink.de/nachhaltigkeit-dfwr

EHRENAMT

Europa für Bürgerinnen und Bürger

Akzente 2014

■ Die Schwerpunkte des Programms „Europa für Bürgerinnen und Bürger“ stehen fest. Dieses Jahr sind es im Förderbereich – Europäisches Geschichtsbewusstsein – der 100. Jahrestag des Ausbruchs des Ersten Weltkriegs, der 25. Jahrestag des Falls der Berliner Mauer und der 10. Jahrestag der Erweiterung der EU um die Länder Mittel- und Osteuropas. Im Förderbereich – Demokratisches Engagement und Bürgerbeteiligung – stehen die Wahlen zum Europäischen

PREISE UND AUSSCHREIBUNGEN

Deutsche Forstwirtschaft

300 Jahre Nachhaltigkeit

■ Im Februar hat der Deutsche Forstwirtschaftsrat (DFWR) zum ersten Mal einen Nachhaltigkeitspreis in drei Kategorien verliehen. Anlass war das 300-jährige Jubiläum des DFWR. In den Kategorien Handwerk, Hochschulen und Green App Ideas sollte zur nachhaltigen Entwicklung der Gesellschaft in ökologischen, ökonomischen, sozialen und kulturellen Lebensbereichen angeregt werden. In der Kategorie Handwerk erreichte die Tischlerin Sarah Scherer aus Blonhofen mit ihrem Gesellen-

Engagementförderung

Geld für Naturschutzideen

■ Der Einsatz von Freiwilligen für Umwelt und Natur scheitert oft an der fehlenden Finanzierung. Damit gute Projekte dennoch durchgeführt werden können, unterstützt die Stiftung des Landesnaturschutzverbands Baden-Württemberg Maßnahmen zum Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen oder zum Arten- und Biotopschutz, etwa die Förderung von Waldkindergärten oder Jugendeinsätze zur Landschaftspflege. Bis 30. April können Antragsunterlagen eingereicht werden. [mbu]

► www.lnv-bw.de/stiftung

Gut, sauber und fair.
Das Slow Food Magazin

Jetzt im Zeitschriftenhandel
oder im Abonnement unter
www.slow-food-magazin.de


Slow Food
Deutschland e.V.

Testen Sie
das Slow Food
Magazin
3 Ausgaben lang
im günstigen
Probeabo!



TERMINE

MÄRZ

04.03., Berlin (D)

Grünes Wachstum oder Wachstumskritik? Ralf Fücks im Gespräch.

Buchvorstellung

▶ Heinrich Böll

Stiftung, Birgit Guth, E-Mail: guth@bildungswerk-boell.de, www.kurzlink.de/boell-buch-4032014

08.03., Königswinter (D)

Saatgutfestival

▶ Verein zur Erhaltung der Nutzpflanzenvielfalt, Susanne Gura, Tel. +49 (0)228 / 9480670, E-Mail: gura@dinse.net, www.nutzpflanzenvielfalt.de/saatgutfestival

9.03., Fessenheim (F)

Fukushima-Fessenheim-Protest am Oberrhein.

Pressekonferenz und Protestaktionen

▶ BUND-Regionalverband südlicher Oberrhein, www.vorort.bund.net/suedlicher-oberrhein/fessenheim-demo-aktion.html

10.03., deutschlandweit

Fukushima mahnt. Mahnwachen zum dritten

Fukushima-Jahrestag

▶ www.ausgestrahlt.de/mitmachen/fukushima2014.html

10.03., Berlin (D)

Umwelt & Akzeptanz beim Netz- und Speicherausbau. Symposium

▶ Bundesumweltministerium, Deutsche Umwelthilfe, TU Berlin, B.A.U.M., Tel. +49 (0)30 / 5360188415, E-Mail: bmu@baumgroup.de, bmu.baumgroup.de

12.03., Berlin (D)

Ziel 2020 – Gesunde biologische Vielfalt in der Ostsee. Dialogforum

▶ BUND Berlin, Nadja Ziebarth, Tel. +49 (0)421 / 7900232, E-Mail: nadja.ziebarth@bund.net, www.kurzlink.de/bund-ostsee-120314

14.03., Ketzin/Havel (D)

Öffentliche Güter im ländlichen Raum. Tagung

▶ Heinrich Böll Stiftung Brandenburg, Tina Bär, Tel. +49 (0)331 / 20057817, E-Mail: anmeldung@boell-brandenburg.de, calendar.boell.de/sites/default/files/einladung_heinrichboell_interaktiv_0.pdf

14.03., Dresden (D)

Freiwilligendienste sind Luxus?! Fachgespräch

▶ Fachstelle Freiwilligendienste Sachsen, LAG Freiwilligendienste/FSJ und LAK FÖJ in Sachsen, www.engagiert-dabei.de/fachstelle/fachtagung

21.03., Berlin (D)

Den Netzausbau natur- und umweltverträglich gestalten! Symposium

▶ bundesumweltministerium, Deutsche Umwelthilfe, TU Berlin, B.A.U.M., Tel. +49 (0)30 / 5360188415, E-Mail: bmu@baumgroup.de, bmu.baumgroup.de

21.–23.03., Osnabrück (D)

Osnabrücker Wassergipfel – Internationale Konferenz für Jugendliche und Erwachsene zu sauberem Trinkwasser

▶ Alfred Toepfer Akademie für Naturschutz (NNA), Lions Clubs International, terres des hommes Deutschland e.V., E-Mail: veranstaltungen@nna.de, www.kurzlink.de/nna-wassergipfel0314

21.–23.03., Bochum (D)

Heldenmarkt. Messe für nachhaltigen Konsum

▶ www.heldenmarkt.de/ruhr/

22.03., in 7 Landeshauptstädten (D)

Energiewende retten! Sonne und Wind statt Fracking, Kohle und Atom. Demonstrationen in Düsseldorf, Kiel, Hannover, Mainz, Wiesbaden, Potsdam und München

▶ www.energiewende-demo.de

25.–29.03., Stuttgart (D)

didakta – die Bildungsmesse. Messe

▶ Der Deutsche Naturschutzring ist mit einem Stand auf der didakta vertreten. Deutscher Naturschutzring, Helga Inden-Heinrich, Tel. +49 (0)30 / 6781775-98, E-Mail: helga.inden-heinrich@dnr.de, www.dnr.de

28.–29.03., Berlin (D)

Auf der Suche nach einem vernünftigen Umgang mit dem Atommüll in Deutschland. Tagung

▶ Deutscher Naturschutzring, Helmut Röscheisen, Tel. +49 (0)30 / 6781775-99, E-Mail: helmut.roescheisen@dnr.de, www.dnr.de

Umweltbildungs-Termine: siehe S. 36
Weitere Termine: www.dnr.de/termine

Impressum

umwelt aktuell März 2014
ISSN 1865-3901

Herausgeber: Deutscher Naturschutzring, Dachverband der deutschen Natur-, Tier- und Umweltschutzverbände (DNR) e. V., Marienstr. 19–20, D-10117 Berlin, Tel. +49 (0)30 / 678177570, E-Mail: info@dnr.de, www.dnr.de

Verlag: oekom verlag, Gesellschaft für ökologische Kommunikation mbH, Waltherstr. 29, D-80337 München, Tel. +49 (0)89 / 5441840, E-Mail: kontakt@oekom.de, www.oekom.de

Chefredaktion: Helga Inden-Heinrich [hieh] (verantwortlich), Bjela Vossen [bv] (Europa und Internationales, verantw.), **Redaktion:** Marion Busch [mbu], Daniel Hiß [dh], Eric Janáček [ej], Stefanie Langkamp [sl], Antje Mensen [am], Lavinia Roveran [lr]. **Redaktionelle Mitarbeit:** Valentina Voß [vv], Robert Multrus [rm], Sabine Spilles [ssp], Aylin Spünken [as], Lis Hagedorn [lh], EU-Umweltbüro des Umweltschutzverbandes [UWD]. **ökopädNEWS:** siehe S. 36

Kontakt/Probehefte: Redaktion umwelt aktuell, Marienstr. 19–20, D-10117 Berlin, Tel. +49 (0)30 / 678177582, E-Mail: redaktion@dnr.de, www.umwelt-aktuell.eu

Schlusskorrektur: Gotlind Blechschmidt, Augsburg.

Fotos: DLR (Titel), © Santiago Engelhardt, Greenpeace (S. 5), © Bundesregierung/Sandra Steins (S. 23). **Grafik/DTP:** Marion Busch, Daniel Hiß. **Druck:** Kessler Druck + Medien GmbH & Co. KG, D-86399 Bobingen. Gedruckt auf Circleoffset White, 100 % Recycling, von Arjowiggins/lgepa group.

Erscheinungsweise: monatlich am Monatsanfang
Redaktionsschluss: 10. des vorhergehenden Monats

Abonnements/Bestellungen/Probeabos: InTime Media Services GmbH, D-82034 Deisenhofen, Tel. +49 (0)89 / 85853-570, Fax -62570, E-Mail: oekom@intime-media-services.de, www.oekom.de

Anzeigen: oekom verlag, Tabea Köster, München, Tel. +49 (0)89 / 544184-35, E-Mail: anzeigen@oekom.de
Die Redaktion behält sich Kürzung und Bearbeitung von Beiträgen vor und haftet nicht für unverlangt eingesandtes Material. Namentlich gezeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion, des Herausgebers und des Verlags wieder.

Dieses Projekt wird finanziell vom Bundesumweltministerium gefördert. Die Förderer übernehmen keine Gewähr für die Richtigkeit, Genauigkeit und Vollständigkeit der Angaben sowie für die Beachtung der Rechte Dritter. Die geäußerten Ansichten und Meinungen müssen nicht mit denen der Förderer übereinstimmen.



Real World Learning Network

Die Qualitäten des Draußenlernens

Welche besonderen Qualitäten bietet das Draußenlernen? Können durch Draußenlernen Werte für nachhaltiges Handeln gestärkt werden? Welche guten Beispiele sollten europaweit verbreitet werden? Diese Fragen wurden auf internationalen und nationalen Treffen in Slowenien und Deutschland diskutiert.

□ Real World Learning, im Deutschen annähernd mit Draußenlernen übersetzt, steht für das Lernen am Original, außerhalb des Klassenraumes. Dabei können auch Arbeits- und Kulturstätten attraktive Lernorte für Umweltbildung und BNE sein. Das europäische Real World Learning Network möchte erfolgreiche Methoden und beispielhafte Projekte des Draußenlernens untersuchen und anderen zugänglich machen. Wie in den ökopädNEWS von Juni 2013 (s. umwelt aktuell 06.2013, S. 33–36) berichtet, ist die ANU die deutsche Partnerin im EU-Projekt mit Partnern aus Tschechien, Ungarn, Slowenien, Italien und Großbritannien. Das Netzwerk steht allen interessierten Bildungsakteuren, LehrerInnen und außerschulischen Bildungsanbietern in Europa offen.

Im Januar fand ein Treffen der deutschen Real World Learning Netzwerkpartner mit rund 30 der Akteure statt. Sie erprobten verschiedene Methoden des Draußenlernens und diskutierten über die besonderen Qualitäten, die diese Lernkonzepte auszeichnen.

Beispielhaftes Draußenlernen

Die deutschen Projekte und Methoden werden im europäischen Netzwerk vorgestellt. Dazu gehörte beispielsweise der Verband Deutscher Naturparke, der beispielsweise für Kinder und Jugendliche Naturpark-Entdecker-Westen voll Forscheruntersilien wie Becherlupen anbietet. Ziel ist es, die Heranwachsenden für eine eigenständige Auseinandersetzung mit der sie umgebenden Natur zu gewinnen. Ohne Arbeitsauftrag geht es los. Spontane Entdeckungen können so aufgegriffen, Inhalte und Arbeitsformen frei gewählt werden. Die PädagogInnen als Lernbegleiter unterstützen die Lernenden bei ihren eigenen Entdeckungen. Beim landschaftsgestützten Lernen hin-

gegen schlüpfen die Teilnehmenden in verschiedene Nutzerrollen innerhalb einer Landschaft. Aus dem Blickwinkel von Wandernden, StromtrassenbetreiberInnen, NaturschützerInnen oder LandwirtInnen werden die eigenen Bilder von Natur- und Kulturlandschaft reflektiert. Der Perspektivenwechsel zeigt, dass jeder Mensch eine Landschaft auf persönliche Nutzungen und Bewertungen hin wahrnimmt.

Vorgestellt wurde auch die tiergestützte Pädagogik des Jugendhofs Godewin im Wendland, wo Kinder und Jugendliche im Rahmen der therapeutischen Jugendhilfe

THEMENHEFT REAL WORLD LEARNING

und der außerschulischen Umweltbildung Verantwortung für sich und andere zu übernehmen lernen. Erlebnisse im Umgang mit verschiedenen Nutztieren wie das Führen eines Pferdes mit Pflug werden als Weg zur inneren und äußeren Entwicklung betrachtet.

Von Norwegen nach Deutschland

Europäische Einflüsse sind in der deutschen Naturpädagogikszene schon seit Längerem sichtbar. Der Deutsche Wanderverband etwa startet derzeit das dreijährige Projekt „Schulwandern“, bei dem Grundschulklassen aus ganz Deutschland einen Schultag pro Woche draußen verbringen. Die begleitende Evaluation der Johannes-Gutenberg-Universität in Mainz wird die Lernerfolge der Schulklassen und jeweils einer Kontrollgruppe untersuchen. Vorbild für das Projekt war das Konzept der „Uteskole“ (Draußenschule) in Norwegen. Teile des Schulalltags werden dort regelmäßig in die nähere Umgebung verlegt. So entsteht Raum für Entdeckungen, Fantasie, spon-

tane Entfaltung und Spiel, selbst gesteuertes Lernen, fachliche Auseinandersetzung und soziales Beisammensein. Die Uteskole soll dabei stark gesteuerten, regulierten und formalisierten Lehrgewohnheiten eine andere Form des Lernens zur Seite stellen.

Die feste Verankerung des Draußenlernens in den Lehrplänen ist auch der schottischen Regierung ein Anliegen: Die One Planet School Arbeitsgruppe hat rund 30 Empfehlungen zur Integration des Draußenlernens in den Lehrplan erarbeitet. Die Learning for Sustainability Implementation Gruppe arbeitet derzeit im Auftrag der Regierung die konkreten Schritte für die Umsetzung aus, die in etwa eineinhalb Jahren geplant ist.

Werte für nachhaltiges Handeln

Die Diskussion, wie das Draußenlernen Werte für nachhaltiges Handeln stärken kann, ist in vollem Gange. These ist, daß besonders Werte aus den Bereichen „Blick aufs Ganze“, „Gemeinsinn“ und „Selbstbestimmung“ nachhaltiges Handeln und suffizientere Lebensstile unterstützen können. Als Grundlage für die Werte-Workshops in Slowenien und Deutschland diente das Handbuch „Die gemeinsame Sache“ des britischen Public Interest Research Centres, das sich auf Forschungen der Sozialpsychologen Shalom Schwartz und Milton Rokeach bezieht. Das Handbuch liegt dank der freundlichen Unterstützung des WWF Deutschland inzwischen als Onlinedokument auf deutsch vor.

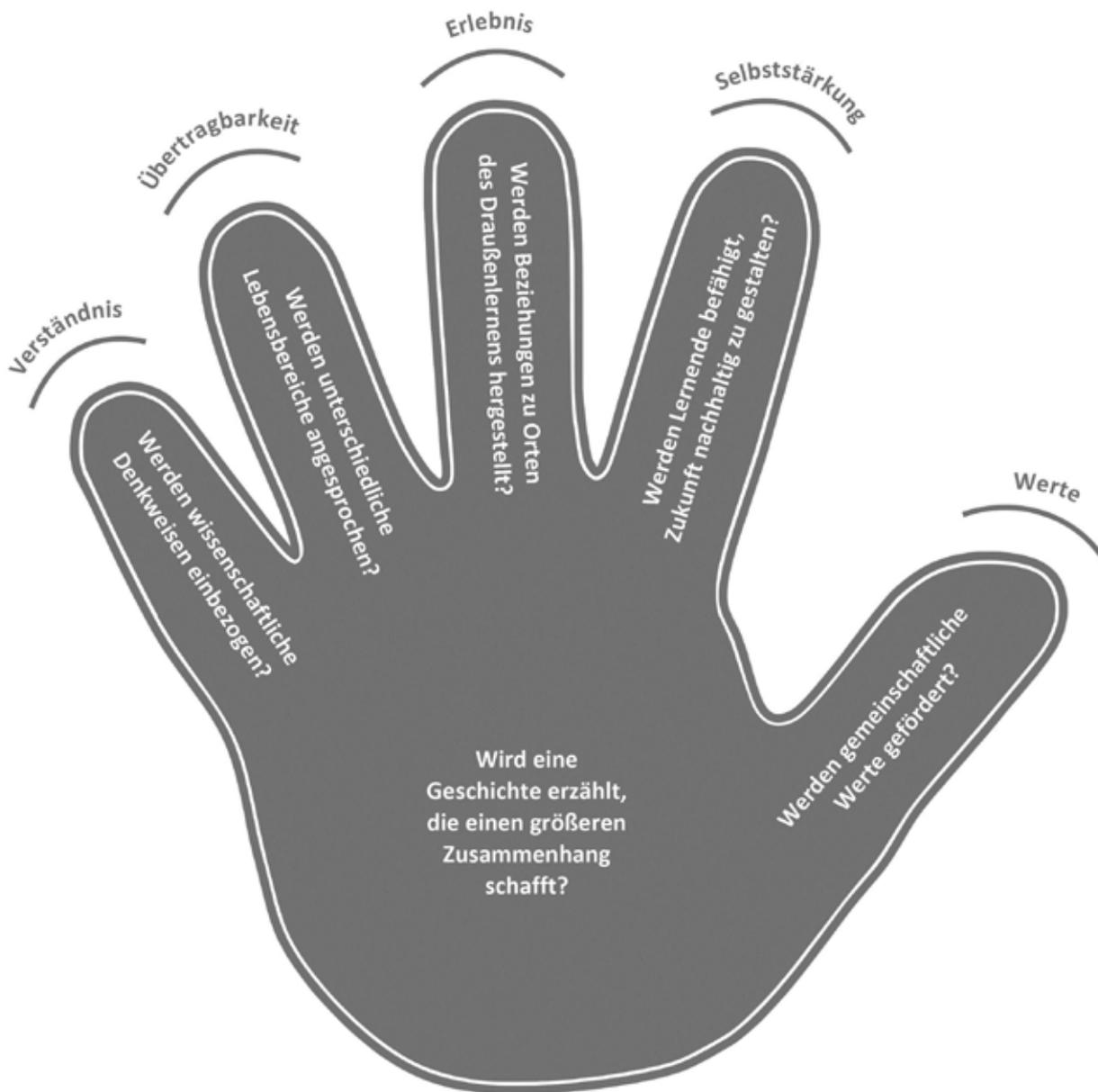
Angelika Schichtel
RWL-Projekt Deutschland

- ▷ www.umweltbildung.de
- ▷ www.rwlnetwork.org
- ▷ www.valuesandframes.org

BLICKPUNKT

Nachhaltigkeit aus erster Hand – ein europäisches Modell für das Draußenlernen

Draußenlernen wird in den einzelnen Ländern von unterschiedlichen Überzeugungen getragen. Ein Ziel des Real World Learning Network war es daher, gemeinsame Schlüsselfelder zu benennen und ein Modell zu entwickeln, das die Vorzüge des Draußenlernens greifbar macht. Das Modell wurde am Logo des RWL-Netzwerks ausgerichtet: Die ausgestreckte Hand steht dabei sowohl für unmittelbare Begegnung als auch für das Zusammenspiel ihrer Finger. Die Finger und die Handfläche tragen insgesamt sechs Fragen. Eine Lernerfahrung nach RWL-Grundsätzen soll so gestaltet sein, dass alle diese Fragen mit Ja beantwortet werden können.



BLICKPUNKT**Das Handmodell des Real World Learning**

Folgende Inhalte liegen den Fingern und der Handfläche im Modell zugrunde:

Verständnis: Werden wissenschaftliche Denkweisen einbezogen?

Um die Erde als Lebensraum begreifen und Leben nachhaltig gestalten zu können, sollen die Lernenden ihr Bewusstsein für Wechselbeziehungen schärfen und dazu befähigt werden, grundlegende Konzepte wie Kreisläufe und Energieflüsse, Stabilität und Wandel nicht nur zu verstehen, sondern auch in unterschiedlichen Zusammenhängen wiederzuerkennen.

Übertragbarkeit: Werden unterschiedliche Lebensbereiche angesprochen?

Inhalte des Draußenlernens sollen im Verlauf wie im Nachgang eines Lernerlebnisses leicht auf andere Lebensbereiche übertragbar sein. Wesentliche Vorgänge in einem Naturraum lassen sich bisweilen im eigenen Körper, in der menschengemachten Umwelt oder in weltweiten Zusammenhängen wiederfinden.

Erlebnis: Werden Beziehungen zu Orten des Draußenlernens hergestellt?

Im Mittelpunkt steht stets das unmittelbare und ganzheitliche Erleben von Orten und oft auch von Menschen an diesen Orten. Es geht darum, Begegnungen anzuregen, Neues zu enthüllen sowie Neugier und Freude am Tätigsein in lebensechter Umgebung zu wecken, ohne Lernergebnisse vorwegzunehmen.

Selbststärkung: Werden Lernende befähigt, Zukunft nachhaltig zu gestalten?

Draußenlernen für Nachhaltigkeit soll Verantwortungsbewusstsein und selbstbestimmtes Lernen stärken. Es soll dazu befähigen, mit den eigenen Empfindungen und denen anderer umzugehen, Zusammenarbeit zu unterstützen und zu positivem Handeln im Sinne eines Wandels hin zur Nachhaltigkeit ermutigen.

Werte: Werden gemeinschaftliche Werte gefördert?

Mit der Wertschätzung der Natur und der Sorge um den Erhalt der Erde als Lebensraum steht die Wertschätzung künftiger Generationen im Zusammenhang. Den Grundsätzen einer nachhaltigen Entwicklung

entsprechend geht es aber auch um gleiche Chancen für alle Menschen, ihr Leben zu gestalten.

Wird eine Geschichte erzählt, die einen größeren Zusammenhang schafft?

Die einzelnen Felder sollen nicht getrennt voneinander erfahren, sondern in einen ganzheitlichen Zusammenhang gestellt werden. Hierzu sind Deutungsrahmen hilfreich, die als grundlegende Überzeugungen hinter den Lernangeboten stehen und insbesondere Wissen und Werte im Sinne der Nachhaltigkeit miteinander verknüpfen.

Das RWL-Modell ermöglicht einen breiten und leichten Einstieg in das Thema Draußenlernen für Nachhaltigkeit. VertreterInnen unterschiedlicher Schwerpunkte – in Bezug auf die Schule von den Naturwissenschaften bis zur Ethik – sollen ihren eigenen Zugang finden und sich zugleich in andere Bereiche hineinentwickeln können. Die vier internationalen Arbeitsgruppen im Projekt sind gegenwärtig damit befasst, diese Bereiche auf mehreren Ebenen mit Inhalten zu untersetzen, die Verbindungen zwischen den Bereichen zu verstärken und AnbieterInnen des Draußenlernens Werkzeuge an die Hand zu geben, um die Qualität ihrer Lernangebote zu überprüfen.

Auf der nächsten RWL-Tagung, die vom 6.-8. November in England stattfindet, werden alle Ebenen des Modells vorgestellt. Wer Interesse hat, an der Konferenz teilzunehmen oder sich am Austausch über Draußenlernen in Deutschland und Europa einzubringen, kann sich gern bei Angelika Schichtel (schichtel@anu.de) melden.

► Dieses Projekt wurde mit Unterstützung der Europäischen Kommission finanziert. Die Verantwortung für den Inhalt dieser Veröffentlichung (Mitteilung) trägt allein der Verfasser; die Kommission haftet nicht für die weitere Verwendung der darin enthaltenen Angaben.

Thorsten Ludwig
ist im Bundesvorstand der ANU und
Country Coordinator im Real World Learning Network.

AUS ANU UND UMWELTZENTREN

Evangelische Landjugendakademie

(K)ein Ende einer Bildung für nachhaltige Entwicklung

□ Die UN-Dekade Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) endet in diesem Jahr. In den letzten zehn Jahren konnten auf nationaler und internationaler Ebene sowohl Erfolge als auch Misserfolge verzeichnet werden. Die Evangelische Landjugendakademie Altenkirchen lädt am 7. und 8. April zu einem Workshop ein, der die Arbeit der TeilnehmerInnen in den Mittelpunkt stellt. Neben der Vermittlung von übersichtlichen Qualitätskriterien zur Erstellung von BNE-Bildungsveranstaltungen für Kinder, Jugendliche und Erwachsene gehört auch ein Rückblick auf die UN-Dekade BNE und ein Ausblick auf die nationalen und internationalen Pläne zur Fortführung von BNE nach 2014 zum Programm. Anmeldeschluss ist der 24. März.

▷ www.lja.de

Blattwerk Naturpädagogik Berlin

Ganzheitliche Weiterbildung

□ Das Institut für Naturbildung hat sich die ganzheitliche Natur- und Umweltbildung in Berlin/Brandenburg zum Ziel gesetzt. Die Ausbildung „Ganzheitliche Naturpädagogik“ verbindet Naturbildung, Wildnispädagogik und Erlebnispädagogik mit der kosmischen Erziehung nach Maria Montessori und möchte Zugänge zur Natur auf Sinnes-, Kopf- und Herzebene schaffen. Die Ausbildung umfasst mindestens zwölf Einzelmodule, die innerhalb von 30 Monaten frei wählbar sind. Interessierte können jederzeit einsteigen. Die Fortbildung richtet sich vorwiegend an PädagogInnen und Menschen, die im weiter gefassten sozialen Sektor arbeiten.

▷ www.blattwerk-natur.de

Schutzgemeinschaft Deutscher Wald

Waldweg

□ „Waldpädagogik auf der Überholspur oder in der Sackgasse?“ ist der Titel des diesjährigen Waldpädagogikkongresses der Schutzgemeinschaft Deutscher Wald (SDW), der am 1. und 2. April im Wälderhaus in Hamburg stattfindet. Im Fokus stehen innovative Projekte und die Auseinandersetzung mit erfolgreichen Ansätzen innerhalb und außerhalb der Waldpädagogik. Das Impulsreferat wird der Bestsellerautor Richard David Precht halten.

▷ www.sdw.de

WISSENSWERT

Klimawandel – mehr als ein Spiel

Keep Cool

□ Spaß am Spiel und Wissen zum Klimawandel – Keep Cool bietet beides. Das von Klaus Eisenack und Gerhard Petschel-Held am Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung (PIK) entwickelte Klimaspiele macht internationale Klimapolitik spielerisch erfahrbar und ist für private Spielrunden und als Bildungsangebot geeignet.

▷ www.spiel-keep-cool.de

dm-Preis für Engagement

HelferHerzen

□ Mit einer neuen Initiative soll das zivilgesellschaftliche Engagement in Deutschland gestärkt werden. Im Rahmen von „HelferHerzen – Der dm-Preis für Engagement“ werden von der Drogeriemarktkette zusammen mit der Deutschen Unesco-Kommission (DUK), dem Naturschutzbund Deutschland (NABU) und dem Deutschen Kinderschutzbund (DKSB) zum Jahresbeginn 1.000 ehren-

amtlich Engagierte mit je 1.000 Euro ausgezeichnet werden. Eingereichte Vorschläge werden von Jurys aus der jeweiligen Region bewertet, die sich aus VertreterInnen der Kooperationspartner, dm und lokalen Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens zusammensetzen. Bewerbungen sind bis zum 15. März möglich.

▷ www.helferherzen.de

UMWELTBILDUNGS-VERANSTALTUNGEN

Weitere aktuelle Termine finden Sie im Internet unter www.umweltbildung.de. Dort können Sie Ihre Termine auch selbst kostenlos einstellen.

31.03.-2.4. '14, Berlin

2. Forum N: Gestalten – Beteiligen – Messen. Fachtagung.

Nachhaltige Entwicklung an Hochschulen betrifft Lehre, Forschung und Betrieb. Instrumente und Methoden aus allen drei Praxisbereichen werden vorgestellt, hinterfragt und psychologisch beleuchtet. Im Fokus stehen Motivation und Beteiligung.

▷ www.hnee.de

8. 5. 14, Berlin

Fördermittel durch BUND und Europäische Union. Seminar.

Teilnehmende erhalten einen Überblick über Förderprogramme des Bundes und der Europäischen Union, die für Stiftungen von Bedeutung sein können.

▷ www.stiftungsakademie.de

Impressum

ökopädNEWS

Herausgeber

ANU
Arbeitsgemeinschaft
NATUR- UND UMWELTBILDUNG
Bundesverband e.V.

Redaktion

Lisa Hübner (verantw.), oeuropaednews@anu.de;
Annette Dieckmann, dieckmannl@anu.de
ANU-Bundesverband e. V.,
Kasseler Str. 1a, D-60486 Frankfurt/M.,
Tel. +49(0)69/716 73329 - 21, Fax -10,
bundesverband@anu.de, www.umweltbildung.de